

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 1,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und 72 Pfg. Postbefreiungsbühren. Auslandsabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenbeilagen für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilagen“, „Hoff und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Fremder Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompensationsfrage 40 Pfennig, Restanteile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei gedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Streifenbeleg das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Reichsmark 1/100 Pfennig. Sammlungspreis 40 Pfennig. Einzelgenahme in Hauptausgabe 1/100 Pfennig, wöchentlich von 1/10 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tdnhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Konferenz in der Schweiz.

Zusammentritt in vier Wochen. — Die Besprechung Stresemann-Poincaré.

V. Sch. Paris, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Der politische Ertrag des kaum eintägigen Aufenthalts Stresemanns in Paris scheint recht erfreulich zu sein. Trozdem die Aussprache mit Poincaré nur etwa 1/2 Stunden dauerte, weil er und Briand zu der angesehenen gemeinschaftlichen Sitzung des Auswärtigen und des Finanzausschusses eilen mußten, hat sie doch genügt, um eine

Einigung in den wesentlichsten Punkten

zu erzielen. Ueber die Notwendigkeit einer allgemeinen Regelung, um den Young-Plan in Kraft zu setzen und die politischen Konsequenzen aus der Reparationsregelung zu ziehen, die sich aus der Genfer Septembervereinbarung ergeben, bestanden keine Meinungsverschiedenheiten.

Die Frage des Zeitpunktes wurde ebenfalls erörtert. Briand hatte einen etwas späteren Termin vorgesehen, wohl aus innerpolitischen Gründen.

aber er ließ sich um so leichter bekehren, als nicht nur Stresemann, sondern auch Poincaré für einen möglichst baldigen Termin eintraten. Es ist demnach die zweite Julihälfte in Aussicht genommen.

In der Frage des Ortes der kommenden Konferenz einigte man sich ebenso leicht. Es gilt jetzt als ziemlich sicher, daß die Konferenz in einem Schweizer Ort stattfinden wird.

Formelle Beschlüsse konnten natürlich nicht gefaßt werden, da das Einverständnis Englands, Italiens und Belgiens noch auf diplomatischem Wege eingeholt ist. Alle Schwierigkeiten dürften nicht zu erwarten sein.

Die politische Tagesordnung der Konferenz ist nicht näher präzisiert worden.

Daß das Rheinland mit dem Inkrafttreten des Young-Planes geräumt werden wird, steht auch bei den Franzosen außer Zweifel.

Es fragt sich nur, inwieweit sie die Bedingungen der Räumung in einer Weise bestimmen wollen, die deutscherseits als befriedigend aufgefaßt werden kann. Die Frage der Feststellungs- und Vergleichskommission sowie das Saarproblem sind in der heutigen Unterredung nicht näher erörtert worden. Im großen ganzen zeigt man sich auf beiden Seiten mit dem Ergebnis der heutigen Aussprache befriedigt.

Dr. Stresemann hat abends die Rückreise nach Berlin angetreten.

Poincaré spricht neun Stunden.

Paris, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Am Mittwochnachmittag begann Ministerpräsident Poincaré in der Kammer mit der Verlesung seiner mit Spannung erwarteten Rede über die internationalisierte Schuldfrage und die Ratifikation der betreffenden Abkommen.

Poincaré, der, wie schon öfters, auch diesmal durch möglichste Breite und Ausführlichkeit seiner Erklärungen zu überzeugen hofft, hat ein Manuskript ausgearbeitet, dessen Verlesung etwa neun Stunden in Anspruch nehmen wird, so daß mehrere Sitzungen erforderlich sind. Poincaré ist bereits im Besitz der Fragen, die seine Zuhörer an ihn zu stellen gedenken, so daß er sie gleich im voraus mit beantworten kann. Trozdem ist natürlich eine lebhaftere Diskussion vorauszusehen.

Im Laufe der Mittwochsitzung gab Poincaré einen historischen Ueberblick der französisch-amerikanischen Schuldverhandlungen vom Jahre 1917. Neben ihm werden Außenminister Briand und Finanzminister Chéron in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Ratifikation begründen.

Arbeitslose und Parteien.

Liberaler Reformeifer gegen die Arbeitslosen. — Die Erhebungen der Reichsanstalt.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Beschluß angenommen, in dem der Kabinettsbeschluß, die Reform der Arbeitslosenversicherung zu vertagen, bedauert wird. Sie verlangt „Abstellung der Mißstände und Regelung der Saisonarbeiterfürsorge noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags“ und kündigt „entsprechende Anträge“ an.

Wenn der demokratische Fraktionsbeschluß prophezeit, daß sich die Lage der Arbeitslosenversicherung infolge der Vertagung verschlechtern wird, so ist das richtig. Die Verantwortung dafür trifft aber die Parteien, die die Beitragserhöhung abgelehnt und damit die rasche Verabschiedung eines wirklich wirksamen Sofortprogrammes verhindert haben.

Auch das „Berliner Tageblatt“ ist mit der Vertagung der Reform auf die Spätsommeression des Reichstags unzufrieden. Es macht dieser Unzufriedenheit in einer Aeußerung Luft, die ein bemerkenswertes Eingeständnis enthält:

Es ist sehr zweifelhaft, ob in der Eile, mit der dann prozediert werden muß, und angesichts des sich häufenden Konfliktstoffes die Sozialdemokratie die von ihr angestrebte, für die Arbeitslosen denkbar günstige Regelung durchsetzt.

In allen gewerblichen Kreisen hat der Beschluß des Reichskabinetts lebhafteste Enttäufung, ausgelöst. Das offensbare Bestreben der Sozialdemokraten, mit den Deutschnationalen zusammen gegen Kompensationen in der Arbeitslosenfrage den protektionistischen Wünschen der Deutschnationalen nachzugeben, hat lebhaft befreundet.

Daß die Sozialdemokratie bestrebt ist, die für die Arbeitslosen günstigste Lösung zu erreichen, trifft zu. Das ist ja auch die günstigste Lösung für die Gesamtarbeiterschaft, da erstens jeder Arbeiter von der Arbeitslosigkeit bedroht ist, die Unterstützung also für jeden zur Schicksalsfrage werden kann und da zweitens jeder Abbau der Leistungen eine Erschwerung im Kampf um erträgliche Arbeitsbedingungen bedeutet. Zum Unterschied von der Sozialdemokratie wollen andere Parteien diese günstige Lösung nicht; denn sie vertreten nicht die Arbeiter, sondern jene Schichten, die das „Berliner Tageblatt“ etwas schamhaft „die gewerblichen Kreise“ nennt, nämlich die Unternehmer.

Das tritt in dem Verhalten der Volkspartei besonders kraß in Erscheinung. Nachdem der Plan, die Saisonarbeiter völlig schutzlos zu machen, mißlungen ist, kommt sie jetzt mit neuen Anträgen. Unter dem Vorwande, daß die Kontrolle des Beschäftigungsverhältnisses unmöglich ist, sollen die Heimarbeiter aus der Versicherung herausgenommen werden. Man will also das Elend der Heimarbeiter vergrößern. Auch die Arbeitnehmer mit einem Verdienst bis zu 10 Mark wöchentlich, alle jugendlichen Arbeitnehmer unter 18 Jahre und alle Erwerbsbeschränkten bis zu 50 Proz. sollen schutzlos gemacht werden. Natürlich denkt man auch nicht daran, die Grenze der Invalidität entsprechend zu ziehen, obwohl das doch dann die notwendige Schlussfolgerung wäre. Nicht genug damit, soll auf dem Umwege, daß der Arbeitslose von der Familie unterhalten werden kann, die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden.

Die Volkspartei hat gleichzeitig ein neues System zur Herabdrückung der Unterstützungssätze ausgeheckt. Alle Arbeitslosen, die vor Eintritt der Arbeitslosigkeit über 39 bis 51 Wochen gearbeitet haben, erhalten nur 75 Proz. der gegenwärtigen Unterstützungssätze, werden weniger wie 39 Wochen Arbeit nachgewiesen, gibt es nur 50 Proz. Unterstützung. Im letzteren Falle würde das für einen Verheirateten mit Frau und zwei Kindern in den mittleren Lohnklassen 5 und 6 einen wöchentlichen Unterstützungssatz von 7,43 M. bzw. 6,08 M. bedeuten.

Infolge dieser geplanten allgemeinen Herabdrückung der Unterstützungssätze ist nach Meinung der Volkspartei die Herausnahme der Saisonarbeiter nicht mehr nötig; für diese soll dann nur noch die Wartezeit auf 3 Wochen verlängert werden. Bei solchen fürstlichen Unterstützungssätzen braucht der Saisonarbeiter in den ersten 3 Wochen überhaupt nichts. Bei dieser Patentlösung soll auch die Verschlebung der Lasten auf die Wohlfahrtspflege vermieden sein. In Wahrheit ist bei diesem System die Belastung der Gemeinden noch größer, denn diese Unterstützungssätze bleiben weit unter den Richtsätzen der Wohlfahrtspflege, die Gemeinden würden also ganz allgemein ergänzend einspringen müssen.

Ein Verdienst wird man den Vorschlägen der Volkspartei nicht absprechen können: sie zeigen, wohin die Reise gehen soll. Woher die Mehrheit kommen soll, die sich diese Vorschläge zu eigen macht, bleibt freilich im Dunkeln. Tatsächlich bedeuten sie eine außerordentliche Erschwerung jeder im Rahmen der Vernunft und der Menschlichkeit bleibenden Reformarbeit. Sie zeigen zugleich, wie weit dieses Problem noch von der Reife ist und wie unmöglich das Verlangen der

Es wird Schluß gemacht . . .

Ein Aufruf und eine Antwort.

Der kommunistische Parteitag hatte am Schluß seiner Verhandlungen die Veröffentlichung eines Aufrufs an die deutsche Arbeiterschaft beschlossen. Dieses Dokument wurde am Dienstag auch im kommunistischen „Kämpfer“ in Chemnitz abgedruckt. Es heißt darin: „Arbeiter und Arbeiterinnen! Macht Schluß mit der Partei des Arbeiterverrats und des Arbeitermordes, mit der SPD!“

In der gleichen Nummer muß der „Kämpfer“ aber die Antwort mitteilen, die die Chemnitzer Arbeiter und Arbeiterinnen den Kommunisten auf die Verleumdung der Sozialdemokratischen Partei erteilt haben. Das Blatt berichtet nämlich in vorsichtiger Form, daß die „revolutionären Arbeiter“ bei den Elternbeiratswahlen am Sonntag die kommunistische Arbeit schmähtlich im Stich gelassen haben.

Während nämlich die sozialdemokratischen Listen im vorigen Jahre 6996 Stimmen und 126 Mandate erzielten, wurden diesmal für die Sozialdemokratie 7341 Stimmen abgegeben und 141 Mandate errungen. Leider hat dieser sozialdemokratische Gewinn nicht die großen Verluste ausgeglichen, die den weltlichen Listen durch das Vergehen der kommunistischen Partei zugefügt worden sind. Die Kommunisten erhielten nämlich nur 2287 Stimmen gegen 3561 im vorigen Jahre, sie haben also 1274 oder 36 Proz. ihrer Stimmen und damit 20 Mandate eingebüßt! Da die Sozialdemokratie nur 15 hinzugewonnen hat, ergibt sich für die weltlichen Listen ein Verlust von 5 Mandaten. Eine nähere Betrachtung der Wahlziffern an den einzelnen Schulen zeigt, daß den Nutzen aus den kommunistischen Mißerfolgen überall die christlichen Elternvereine davongetragen haben.

So hat auch die Chemnitzer Elternratswahl gezeigt, daß die kommunistische Partei nur noch eine Stütze der Reaktion ist, mit der so schnell wie möglich Schluß gemacht werden muß!

Gerüchte um Hindenburg.

Am Laufe des Mittwochs kursierten in Berlin Gerüchte, daß Reichspräsident Hindenburg, der sich zurzeit in Ostpreußen befindet, das Opfer eines Unfalles geworden sei. Von anderer Seite wurde behauptet, er sei erkrankt.

Amlich wird demgegenüber festgestellt, daß der Reichspräsident sich der besten Gesundheit erfreut.

Die Offenlegung der Steuerlisten.

Sozialdemokratischer Antrag.

Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Reichstag einen Antrag zur Offenlegung der Steuerlisten vorgelegt hat, haben Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei eine Entschließung eingebracht, die eine Denkschrift über die Erfahrungen mit der Offenlegung der Steuerlisten in anderen Ländern fordert.

Aus dem preußischen Staatsrat.

Die Beratung über das Konkordat auf den 28. Juni festgesetzt

In einer Sitzung des Verfassungsausschusses des preußischen Staatsrats erklärte am Mittwoch Ministerpräsident Dr. Braun, es sei wünschenswert, daß der Staatsrat das Konkordat baldigst zur Beratung stelle. Kultusminister Dr. Bede r äußerte sich über den Inhalt des Konkordats. Die Fraktion der Arbeitsgemeinschaft forderte, daß der Staatsrat die Vorlage erst dann beraten solle, wenn man die Wünsche der evangelischen Kirchen kenne. Die Sozialdemokraten betonten, daß dem Wunsche einer großen Fraktion Rechnung getragen werden müsse. Darauf entschied man sich dahin, daß die Konkordatsvorlage nicht schon in diesem Sitzungsabschnitt, sondern erst am 28. Juni im Plenum des Staatsrats beraten werden soll. Am Tage zuvor wird der Verfassungsausschuh die Vorlage vorderraten.

Flaggenverordnung angenommen.

Der Staatsrat beschäftigte sich mit dem Entwurf einer Verordnung des Staatsministeriums über das öffentliche Flaggen. Der Entwurf wurde mit 35 gegen 29 Stimmen bei Enthaltung der Kommunisten gegen die Stimmen der Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Unterhausbeginn Anfang Juli.

Eine Thronrede wird abgeschafft.

London, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterregierung beabsichtigt eine parlamentarische Neuerung insofern einzuführen, als sie die sogenannte Herbstsession des Unterhauses mit der Anfang Juli beginnenden parlamentarischen Session zusammenlegen will. Die Regierung läßt sich hierbei von dem Gedanken leiten, den Verlust an parlamentarischen Arbeitstagen, der sich durch eine neue Thronrede im Herbst zu ergeben pflegt, auszusparen. Die Arbeiten des Unterhauses werden also Anfang Juli beginnen. Ende Juli wird das Parlament bis zum Herbst in Urlaub gehen, und im Oktober keine Arbeiten wieder aufnehmen.

Demokraten ist, es noch in diesem Sitzungsabschnitt des Reichstags zu lösen.

Nebenbei sei bemerkt, daß die Vermutung des „Berl. Tagebl.“, die Sozialdemokratie wolle durch Zugeständnisse an sozialistische Wünsche eine Entgegenkommen der Deutschnationalen in der Arbeitslosenfrage erzielen, blanke Phantasie ist. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Agrarfragen ist durch ihr Agrarprogramm gegeben. Im übrigen beruht die Kombination des demokratischen Blattes auf der Annahme, die Deutschnationalen könnten einer den Arbeitslosen günstigen Lösung mehr guten Willen entgegenbringen als die wirtschaftsliberalen Parteien. Diese Kombination ist für Demokraten und Volkspartei nicht gerade schmeichelhaft.

Bei solchem Stande der Dinge ist es eigentlich selbstverständlich, daß erst das Ergebnis der von der Reichsanstalt eingeleiteten Erhebungen abgewartet wird, bevor man entscheidende Beschlüsse faßt. Erste Resultate werden jetzt im „Reichs-Arbeitsmarkt-Anzeiger“ veröffentlicht. Insgesamt sind über 2 Millionen (2 064 000) in der Arbeitslosenversicherung und in der Sonderfürsorge bei berufswahrscheinlicher Arbeitslosigkeit unterstützte Arbeitslose erfaßt worden, von denen etwa die Hälfte (51,2 Proz.) den sogenannten Saisonberufen zuzurechnen ist. Die knappere Hälfte (48,8 Proz.) ist aus Gründen der Konjunktur oder der strukturellen Veränderungen der Wirtschaft arbeitslos geworden. Bei drei Vierteln (rund 1 528 000) von diesen über 2 Millionen Arbeitslosen konnte auf Grund der bei den Arbeitsämtern vorhandenen Akten das Arbeitschicksal vor dem Zeitpunkt der Arbeitslosmeldung auf ein Jahr und länger zurückverfolgt werden, während für den Rest die attemmähigen Unterlagen für eine lückenlose Feststellung des Arbeitschicksals eines ganzen Jahres nicht ausreichen. Bei der Untersuchung der Frage, wie lange die 1 528 000 unterstützten Arbeitslosen vor ihrer Arbeitslosmeldung tatsächlich in Arbeit gestanden haben, ergab sich, daß fast 400 000 (27,2 Proz.) Arbeitslose während des ganzen Jahres vor der Arbeitslosmeldung, ferner über 500 000 (35,2 Proz.) 1/2 Jahr und länger, weitere 500 000 (34,5 Proz.) über 1/4 bis zu 1/2 Jahren und 45 000 (3,1 Proz.) genau 1/4 Jahr gearbeitet haben.

Man hat über „Gefährdung der Arbeitsmoral“ geklagt und Herr v. K a u m e r hat im Reichstag das niedliche Märchen von den Arbeitern erzählt, die 26 Wochen im Jahr arbeiten, um sich die anderen 26 Wochen in der „Wissenschaft vom Stempeln“ zu üben. Die Statistik spricht eine ganz andere Sprache, sie beweist, daß — von Einzelfällen natürlich abgesehen — jeder arbeitet, wenn er zum Arbeiten Gelegenheit hat. Sie legt Zeugnis ab von dem Arbeitswillen des Volkes und seinem gigantischen Kampf gegen die Not. Ihm in diesem Kampf zur Seite zu stehen, betrachtet die Sozialdemokratie als ihren Beruf, dessen Pflichten zu erfüllen sie sich durch nichts hindern lassen wird!

Genossenschaftspräsident Dr. Hermes.

Der genossenschaftliche Einheitsverband auf dem Marsch.

Die von den Organisationen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens gebildete Einigungskommission trat gestern unter Vorsitz des Präsidenten der Preuß. Zentral-Genossenschaftskasse erneut zusammen. Der Entwurf der Satzung des genossenschaftlichen Einheitsverbandes wurde endgültig fertiggestellt. Es wurde weiterhin Übereinstimmung dahin erzielt, daß die Rationalisierungsmassnahmen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens unabhängig von dem jeweiligen Stande der Verhandlungen über die Konstituierung des Einheitsverbandes fortgesetzt werden.

Die Verhandlungen über die Bezeichnung der Ämter des Einheitsverbandes wurden unter Vorsitz des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft fortgeführt. Vom Reichsernährungsminister wurde den Genossenschaftsorganisationen ein Vorschlag unterbreitet, daß der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften als höchstberechtigten Ehrenpräsidenten (eh. Landesökonomierat Hohenegg-München) stellt, zum geschäftsführenden Präsidenten Reichsminister a. D. Hermes, während Regierungspräsident z. D. v. Braun und ein weiterer vom Reichsverband zu bestimmender Herr stellvertretende Präsidenten werden. Für die Generalverwaltung wurden die Herren Regierungsrat Gennes und Schmidt vorgeschlagen.

Flucht aus der SPD.

Sie bleibt allein mit den Unorganisierten.

Leipzig, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Der Betriebsratsvorsitzende der Großen Leipziger Straßenbahn und Mitglied des Leipziger Stadtratsordnungsamtes Kästner, der früher der SPD. und später der Opposition angehörte, hat am Mittwoch seinen Austritt aus der SPD. erklärt und ist der Sozialdemokratie beigetreten. In einem Schreiben an den Vorsitzenden der SPD. Leipzig erklärt er wörtlich:

„Wenn für uns, die aus der SPD. ohne Grund hinausgeworfen, vor dem Parteitag in Berlin noch ein Hoffnungsschimmer vorhanden war, daß die Partei, insbesondere die Delegierten des Parteitags erkennen werden, wo die Massstrategie bewußt oder unbewußt hinzielt, so ist auch diese Hoffnung restlos begraben. Der 12. Parteitag der SPD. hat zu Gewerkschaftsfragen Beschlüsse gefaßt, die antilagerwirtschaftliche und arbeitserfeindliche Folgen nach sich ziehen müssen. Anstatt die Einheitsfront der Arbeiter mit allen Mitteln zu fördern, insbesondere die Unorganisierten der Gewerkschaft zuzuführen, stützt man die Unorganisierten in ihrem Verhalten des Bestreitens.“

Köhler Finanzamtspräsident.

Wenig Sympathien in Württemberg.

Stuttgart, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Als Präsident des seit langem vermissten Finanzamtes für Württemberg und Hohenzollern soll nach zuverlässigen Verlautbarungen der frühere Reichsfinanzminister Köhler in Vorschlag gebracht werden. In parlamentarischen Kreisen verweist man demgegenüber darauf, daß es durchaus möglich sein müßte, einen geeigneteren Mann für dieses Amt ausfindig zu machen. Köhler besitzt selbst in württembergischen Zentrumskreisen wenig Sympathien.

Der Chefredakteur des „Ökonomischen Monatsheftes“, der amtlichen Wirtschaftszeitung Kamin, der im Jahre 1928 als Kandidat im Schachtel-Prüfungsjahr gegen die Deutschen aufgetreten war, wurde seiner Stellung wegen seiner Angehörigkeit zur Rechtsopposition entzogen. Zu seinem Nachfolger ist Swetlow ernannt worden.

Deutsch für Soldatenwahlrecht.

Ein Irrtum Groeners berichtigt.

Leipzig, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Der bekannte österreichische Sozialist Julius Deutsch befindet sich zurzeit in Leipzig und hat der „Leipziger Volkszeitung“ zu der Erklärung Groeners im Reichstage folgende Erklärung übermittelt:

„Wie ich aus den Zeitungen entnehme, hat Reichswehrminister Groener sich in der Auseinandersetzung im Reichstage über die politischen Rechte des Soldaten auf mich berufen. Was Groener mit dieser Berufung gemeint hat, ist mir nicht ganz klar geworden, aber soweit läßt sich aus den Berichten entnehmen, daß er offenbar sagen wollte, meine Erfahrungen mit dem Wahlrecht der Soldaten seien nicht ganz zufriedenstellende gewesen.“

Demgegenüber möchte ich vor allem feststellen, daß es sich hier, wie mir scheint, um zwei sehr verschiedene Dinge handelt, nämlich um das Recht der Soldaten, sich Vertrauensmänner zu wählen, und um das politische Wahlrecht der Soldaten. Was das erstere anbelangt, so haben wir in Österreich ein Wahlsystem, das jedem Mißbrauch der Gewalt des Vorgesetzten die Tür offen läßt. Gegen dieses Wahlsystem, das die geheime Wahl nicht verbürgt, und den Terror der Vorgesetzten ermöglicht, habe ich mich — was wahrscheinlich nicht verwunderlich ist — mehrmals ausgesprochen. Dagegen habe ich niemals ein Wort gegen das politische Wahlrecht der Soldaten gesagt, sondern im Gegenteil es stets mit der größten Wärme verteidigt. Das politische Wahlrecht der Soldaten erscheint mir als ein Erfordernis der Demokratie. Eine wahrhaft demokratische Verfassung darf die Männer, die berufen sind, die Waffen zu tragen, nicht als Staatsbürger minderen Rechts behandeln. Sie muß ihnen aber nicht allein aus formalen Gründen die vollen Staatsbürgerrechte geben, sondern im wohlverstandenen Interesse der breiten Massen des Volkes, die durch keinerlei Scheidewand von den Soldaten getrennt werden sollen.“

Die praktischen Erfahrungen, die wir mit dem politischen Wahlrecht in Österreich gemacht haben, sind in dieser Beziehung keineswegs unbefriedigend. Auch eine Lockerung der militärischen Disziplin war nicht zu merken. Übrigens hat ja nicht Österreich allein das Soldatenwahlrecht. Auch die Schweiz, die skandinavischen Länder und England besitzen es, ohne daß sich dort ernsthafte Mißstände ergeben hätten. Die Reaktion ist in diesen, wie in allen Ländern gegen jedes politische Recht der Soldaten, weil sie hofft, die wohllosen Waffenträger leichter zu einem willenlosen Instrument ihrer Klassenpolitik machen zu können, als Soldaten, die im vollen Besitz der Staatsbürgerrechte sind.“

Die Reichsreform.

Die Vorschläge über die Zuständigkeitsverteilung.

Im Auftrage der Unterausschüsse der Länderkonferenz haben im März d. J. die vier Referenten Brecht, Boehm-Helffer, Holz und Petersen ihre Vorschläge über die Neuorganisation des Reichs eingereicht. Jetzt wird als wichtigste Ergänzung das Referat über die Zuständigkeitsverteilung bekanntgegeben, das Minister a. D. Koch-Weser (vom Reich bestellt), Ministerialdirektor Dr. Koch (Preußen), Minister Dr. Kemmle (Baden) und der Landeshauptmann der Rheinprovinz Dr. Horion (als Sachverständiger zugezogen) gemeinsam erstatten. Nach dem Organisationsreferat sollte die preussische Zentralregierung mit der Reichsregierung vereinigt werden. Dieser Zentralregierung sollten überall Gebiete von der Größe der preussischen Provinzen und der größten außerpreussischen Länder gegenüberstehen, die einheitlich in einem weiteren Sinne den Namen „Länder“ führen sollten. Damit waren, wie Koch-Weser sagte, gewissermaßen Kästen aufgestellt; die Beurteilung hing davon ab, was man hineintat. Die Vorschläge dafür zu machen, war Aufgabe des Zuständigkeitsreferats. Dieses Referat liegt nunmehr vor.

Es schlägt keine völlig gleichmäßige Ausgestaltung der Zuständigkeit vor, sondern will für die vier Länder Baden, Bayern, Württemberg und Sachsen Sonderrechte schaffen. Darüber heißt es in den Vorbemerkungen:

„Als Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung sollen also im bisher preussischen Gebiet in weitemerem Umfang als im Süden Verwaltungsorgane in zentral geleiteter, unmittelbarer Staatsverwaltung (künftig Reichsverwaltung) bleiben.“

Landeshauptmann und — vorbehaltlich der Namensfrage — Oberpräsident bzw. Regierung sollen dort weiter nebeneinander stehen.

Darüber, ob diese Beibehaltung einer zentral geleiteten unmittelbaren allgemeinen Verwaltung auf die Dauer erwünscht ist oder nicht, sind unsere Ansichten geteilt. Reichsminister Koch-Weser und Staatsminister Dr. Kemmle halten es für richtig, daß die Aufgaben der allgemeinen Verwaltung möglichst vollständig und möglichst bald auf die Verwaltung der Länder übergeführt werden. Ministerialdirektor Dr. Brecht und Landeshauptmann Dr. Horion würden einer solchen Tendenz widersprechen; sie halten die Beibehaltung einer zentral geleiteten allgemeinen Verwaltung mit den in den Vorschlägen erörterten Modifikationen nach den Erfahrungen in Preußen namentlich zum politischen Ausgleich zwischen West und Ost und mit Rücksicht auf die Erhaltung eines großstaatlichen Bewusstseins für glänzend und unentbehrlich.“

Der Dualismus, den diese Vorschläge herbeiführen wollen, soll verschärft werden durch den Wegfall der zwölf kleinen und mittleren Länder. Darüber heißt die Vorbemerkung:

„Für die außerpreussischen Länder außer den vier größten legen wir keine besonderen Vorschläge hinsichtlich der Zuständigkeit vor.“

Bei allen diesen Ländern wird eine Verschmelzung mit den umliegenden Gebieten in größerem oder geringerem Umfang notwendig.

um für die verschiedenen Zweckmäßigen Leistungsfähige Mittelinstanzen mit wirtschaftlich zweckmäßigem Zuständigkeitsbereich zu schaffen. Anerkennenswertem besonderen Bedürfnissen und natürlichen Aufgaben kann, wie auf dem Gebiet des Finanzausgleichs, nötigenfalls auch auf dem der Zuständigkeitsverteilung Rechnung getragen werden.“

Die eigentlichen Vorschläge für die Neuorganisation der Zuständigkeit unterscheiden zwischen unmittelbarer Reichsverwaltung und selbstständiger Landesverwaltung.

Unmittelbare Reichsverwaltung.

1. bis 6. Auswärtiges, Heer und Marine, Post, Eisenbahn, Münzwesen, Finanzverwaltung nach dem Stande der Gesetzgebung; 7. die Verwaltung des Reichsvermögens, einschließlich des bisherigen preussischen Staatsvermögens, soweit sie nicht den Ländern übertragen wird; 8. die Bauverwaltung des Reichs, soweit sie nicht auftragswise den Ländern übertragen wird; 9. die Förderung der deutschen Gesamtwirtschaft, die allgemeine Regelung und Förderung des Außenhandels sowie die gemeinwirtschaftliche Aufsicht über Kartelle, Kohlen- und Kalkwirtschaft, privates Versicherungswesen usw. nach Maßgabe der Reichsgesetze; 10. die im Gesamtinteresse erforderlichen zentralen Einrichtungen auf dem Gebiet der Volksverwaltung und der Wohlfahrtspflege, also Reichsversicherungs-

amt, Reichsverwaltungsgericht, höchste Instanz für Arbeitsvermittlung usw. sowie das Schlichtungswesen; 11. die Justizverwaltung, unter weitgehender Dezentralisation der Justizverwaltung auf die Oberlandesgerichte (Minister Kemmle hält diesen Vorschlag, in dem die drei anderen Referenten übereinstimmen, zwar für sehr erwägenswert, stellt aber anheim, sich damit zu begnügen, die Justizverwaltung unter die folgende Kategorie einzuordnen):

ferner, vorbehaltlich der besonderen Rechte für die vier Länder:

12. die Polizeiverwaltung, insbesondere Sicherheitspolizei, Kriminalpolizei, Fremdenpolizei usw., soweit sie nicht den Ländern oder der kommunalen Selbstverwaltung übertragen wird; desgleichen die Luftverkehrspolizei; 13. die Hoheitsaufsicht über die Gemeinden, soweit sie nicht den Ländern übertragen wird; 14. die Gewerbeaufsicht, soweit sie nicht auftragswise den Ländern übertragen wird; 15. die kirchlichen Angelegenheiten, die wissenschaftlichen, bisher staatlichen Anstalten und die staatliche Schulaufsicht, soweit sie nicht den Ländern oder der kommunalen Selbstverwaltung übertragen werden; 16. die Verwaltung der Wasserstraßen, soweit sie nicht den Ländern übertragen wird.

Selbständige Landesverwaltung.

(soweit nicht nach Reichs- oder Landesrecht der kommunalen Selbstverwaltung obliegen.)

1. Die Wohlfahrtspflege einschließlich der öffentlichen Fürsorge, insbesondere Durchführung der Fürsorgepflichtverordnung; 2. Gesundheitsfürsorge (unter Zusammenfassung mit der Arbeit der Landesversicherungsanstalt auf gleichem Gebiet); 3. Jugendfürsorge; 4. Wohnungsfürsorge (in Verbindung mit der Landesversicherungsanstalt); 5. die Landesfinanzen. Die Verwaltung von Landesabgaben kann, wie bisher, der Reichsverwaltung übertragen werden; 6. die landwirtschaftliche Verwaltung (unbeschadet der dem Reich zustehenden Förderung der Gesamtwirtschaft) einschl. Siedlung, Rationalisation, Landeskulturämtern, soweit die Verwaltung nicht berufständigen Organisationen überlassen wird; 7. die überörtliche Landesplanung, d. h. die Verteilung von Bau-, Grün- und Verkehrsflächen; 8. des Verkehrs- und Begleitwesens, vorbehaltlich der Reichsregierung des Eisenbahn-, Luft- und Kraftwagenverkehrs; 9. Denkmalpflege und Heimatschutz sowie ferner 10. alle von der Reichsverwaltung nicht rechtens in Anspruch genommenen Angelegenheiten, für die keine ausschließliche Zuständigkeit des Reiches gesetzlich begründet ist, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft und Verkehr, von Kultur und Volksbildung.

Sozialbehörden und Landesverwaltung.

Die Reichsarbeitsverwaltung, die Reichsversicherungs- und die Reichsverwaltung sind, soweit es ohne Schädigung ihrer Aufgaben möglich ist,

in der Mittelinstanz mit der Landesverwaltung und in der örtlichen Instanz mit den Landes- und Kommunalbehörden enger als bisher zu verbinden.

Dies verhindert nicht, daß die Selbstverwaltungskörper der Versicherungsträger bestehen bleiben, und die ihnen zustehenden Entscheidungen treffen. Diese sind aber auszuführen von den Verwaltungsstellen der Länder und Gemeinden oder von Stellen, die mit ihnen verbunden sind.

Das Sonderrecht der vier Länder.

Die vier Länder Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg sollen ein Sonderrecht besitzen zunächst auf dem Gebiet der Gesetzgebung. Die Vorschläge betreffen

Den neugebildeten Ländern (den ehemaligen preussischen Provinzen und den 12 verschiedensten Ländern) steht eine getrennte Gesetzgebung nur zu, soweit sie ihnen besonders übertragen wird.

Die Länder Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden behalten das Recht der Gesetzgebung insoweit, wie es ihnen zurzeit nach der Reichsorganisation zusteht.

Zu den Angelegenheiten der Grundgesetzgebung des Reichs nach Art. 10 AB. treten jedoch hinzu: das allgemeine Verwaltungsrecht und der Verwaltungsaufbau der Länder; das Prüfungswesen und die Anerkennung der Prüfungen sowie die Gemeindeverfassung.

Das Sonderrecht auf dem Gebiet der Verwaltung besteht in folgendem:

Den Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden steht es frei, die unter Nr. 12 bis 16 genannten Verwaltungszweige (Polizei, Hoheitsaufsicht über die Gemeinden, Schulaufsicht, Gewerbeaufsicht, Warensteuerverwaltung) oder einzelne von ihnen in selbständiger Ver-

...altung oder Auftragsverwaltung zu behalten. Hierzu bedarf es eines Beschlusses des Landtags mit einfacher Mehrheit. Auf gleiche Weise kann der Beschluß aufgehoben werden.

Das Sonderrecht für die vier Länder soll durch besondere Verfassungsbestimmung gesichert werden. Die Art dieser Sicherung soll der politischen Entscheidung überlassen bleiben. Offenbar ist nicht an ein Referat im Sinne der alten Verfassung gedacht, wonach nur mit Zustimmung jedes einzelnen Landes eine Änderung möglich war, sondern an das Erfordernis einer besonders qualifizierten Mehrheit.

Zusammenfassung.

Die Vorschläge führen unter Anknüpfung an die bestehenden Verhältnisse zu einer weitgehenden Vereinfachung.

Die beiden Regierungen in Berlin werden vereinigt.

Die zwölf kleinen und mittleren Länder fallen fort oder verlieren ihren Sondercharakter in der heutigen unorganischen Gestalt. In den preussischen Provinzen fällt die Dreiteilung, Reichsbehörden, Staatsbehörden und Provinzbehörden fort und verwandelt sich in eine organische Zweiteilung: Reichsbehörden, Landes-(Provinzial-)behörden.

Im Norden und Süden wird die gesamte Sozial- und Wohlfahrtsverwaltung vereinigt. Kleine Reichssonderverwaltungen fallen überall fort.

Die selbständige Kulturverwaltung der süddeutschen Länder bleibt erhalten.

Der entscheidende Einfluß des Reichs in gesamtstaatlichen Fragen (Wirtschaft, Gewerkschaften, Kriminalpolizei, Fremden-, Luftverkehrs-, Grundbesitz des allgemeinen Verwaltungsaufbaus und der Gemeindeverfassung, evtl. Justiz) wird überall gesichert. Möglichkeiten weitergehender Dezentralisation werden der Reichsregierung gewahrt. Soweit in den Ländern eine allgemeine oder besondere Reichsverwaltung besteht, ist sie möglichst zu dekonzentrieren, d. h. jede oberste Reichsbehörde muß im weitestem Umfange die Entscheidungen auf die örtlichen Reichsbehörden in den Ländern übertragen.

Kein Zweifel, daß diese Vorschläge die politische Lösung des Problems der Reichsreform wesentlich vorbereiten helfen. Begrüßenswert ist an ihnen vor allem die einheitliche Linie der starken Reichsgewalt. Zunächst wird nun die Länderkonferenz sich nochmals mit den Dingen befassen, und zwar am 5. Juli. Dann hat die Reichsregierung das Wort zu amtlichen Vorschlägen.

Der Tod des Nationalsozialisten

Das Ende eines Hakenkreuzerschwindsels.

Der Tod des Nationalsozialisten Rüttemeyer ist monatelang von seinen Parteifreunden zu wüster Höhe ausgenutzt worden. Nach der nationalsozialistischen Darstellung soll Rüttemeyer, aus der Hitlerverfolgung im Sportplatz heimkehrend, von „Marxisten“ überfallen, blutiggeschlagen, verprügelt und schließlich im Landwehrkanal ertränkt worden sein.

Die gestrige Gerichtsverhandlung hat die Hakenkreuzer-Legende durchleuchtet und — siehe da — jedes einzelne Glied dieser Darstellung hat sich als erlogen und falsch erwiesen.

Zunächst: Die „Rückkehr“ Rüttemeyers aus der Hitlerverfolgung war eine ziemlich ausgedehnte. Im Augenblick des Zusammenstoßes dauerte diese Heimkehr bereits in die vierte Stunde! Sie bestand in einer ausgedehnten Bierreise Rüttemeyers und seiner Begleiter, durch die man bereits in „leicht animierter“ Stimmung geraten war. In diesem Zustand treffen Rüttemeyer und seine Begleiter auf eine Abteilung Straßenarbeiter, die — um 3 Uhr nachts — sich zu ihrer Essenspause versammeln.

Der gesunde Menschenverstand wird an sich schon leicht erkennen, was in solcher Situation mit Streitereien anfängt: der arbeitende Proletarier, der froh ist, nach schwerer Nacharbeit ein paar Minuten ausruhen zu dürfen, oder der mühsiggeladene, angebeutete Nachtschwärmer, dessen Hirn Bier- und Hitlerphrasen umnebelt?!

Das Gericht hat die Frage eingehend geprüft und — auf das Zeugnis eines unparteiischen Zeugen hin festgestellt, daß die Hakenkreuzer mit Hänseleien und Tätlichkeiten begonnen haben. Erst hierdurch gereizt, haben die Arbeiter zu Steinen gegriffen, wobei sie nach Ansicht des Gerichts allerdings über das erlaubte Maß der Abwehr hinausgegangen sind.

Handlanger „Marxisten“, die keinen Hakenkreuzer sehen konnten, ohne tödlich zu werden? — Nicht das mindeste davon! Ganzlich unpolitische Proletarier, die in ihrer Essenspause nicht von mildredenden Redensarten gehandelt und gestört sein wollten! Es ist merkwürdig: sonst betonen die Herren Nazis mit Vorliebe, daß die Sozialdemokratie durchaus nicht das Recht habe, die Vertretung der gesamten Arbeiterschaft zu beanspruchen, weil doch nicht alle Arbeiter Marxisten seien. ... Lassen sich aber ein paar ganz unpolitische Straßenarbeiter nicht lammsgeduldig von Nationalsozialisten verurteilen und prügeln, dann ist bereits ihr „Marxismus“ erwiesen!

Bei dem von ihm provozierten Geschehen hat Rüttemeyer einige Bemerkungen gemacht, die durchaus nicht über das Maß der bei einer Schlägerei üblichen Verhärtnungen hinausgingen. Erst volle eineinhalb Stunden nach dem Zusammenstoß ist er in den Kanal gestürzt. Weshalb, das weiß bis heute niemand. Es kann sehr wohl der Alkohol an seiner Benommenheit schuld gewesen sein. Jedenfalls ist ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Sturz ins Wasser und der lange Zeit vorangegangenen Schlägerei nicht erwiesen.

Die Propaganda der Hakenkreuzer hat hier genau ebenis den Sachverhalt umgedreht wie im Falle des vor einigen Jahren bei einer Schlägerei zu Tode gekommenen Nationalsozialisten Renz. Im Falle Renz ist durch das Gericht völlig einwandfrei festgestellt worden, daß der nationalsozialistische Hakenkreuzer, zu dem Renz zählte, brutal und unprovokiert ein Arbeitervergnügen überfallen hat. Richter der beteiligten Hakenkreuzer sind wegen Landfriedensbruchs verurteilt worden. Daß Renz bei der Abwehr des Überfalls einen tödlich wirkenden Schlag erhielt, kann nicht das mindeste an der Tatsache ändern, daß er sich unter den Angreifern befand. Trotzdem wird Renz in den Reden und parlamentarischen Anfragen der Nationalsozialisten noch heute als „unschuldig ermordet“ bezeichnet. Genau so Rüttemeyer! Renz wie Rüttemeyer sind bloßenswerte Opfer der von den Nationalsozialisten eifrig gepflegten und propagierten Mordphantasie. Es hat sich an ihnen lediglich die Erfahrung bewahrheitet, daß, wer Umfänge für andere herausgeschwört, zuweilen selber darin umkommt.

Die Angehörigen der misshandelten jungen Leute sind gewiß tief zu bedauern; doch die moralische Schuld an Trauer und Tränen tragen allein die nationalsozialistischen Prediger des Mordphantasies und der Gewalttätigkeit.

Marineabrüstung.

„Die Abrüstung kann nur von Politikern, nicht von Marineoffizieren zustande gebracht werden.“
Boischofer-Dawes.



„Uäh... uäh... die Danks wollen mir mein Schiffchen wegnehmen!“

Ägyptische Abenteuer.

Zensur der Auslandspresse. — Ein Generalkonsul bescheinigt.

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

Im allgemeinen ist die Ansicht verbreitet, daß die Ausweiskarte des Journalisten das „Sesam-öffne-dich“ für alle Pforten ist. Diese Vorstellung ist jedoch relativ, denn das Zauberwort kann auch unter Umständen, wie die folgende Geschichte zeigt, die Funktionen eines roten Tuches ausüben. Der Besitz eines solchen Talismans erweitert sich dann als die Ursache von Unbequemlichkeiten, namentlich in Fällen, wo die Wirtsbegier des Journalisten mit dem Wunsch einer Regierung kollidiert, Vorgänge aus ihrem Machtbereich der Öffentlichkeit zu entziehen. Das augenblicklich in Ägypten am Ruder befindliche Kabinett Mohammed Mahmud Pascha scheint das Bedürfnis hierzu in hohem Maße zu haben.

Ägypten leidet seit Jahren an einer hysterischen Furcht, durch den Bazillus der sozialen Revolution infiziert zu werden.

Bis die soziale Revolution eigentlich ausbricht und wer ihre Träger sein können, darüber herrscht in Ägypten nicht gerade große Klarheit. Real drückt sich dieser Zustand in der frampfhaften Furcht vor bolschewistischer Propaganda aus. Die ägyptische Regierung hat zu diesem Zweck eine fiktive Abwehrorganisation geschaffen, die einigen juristisch gefassten Rassen die Gelegenheit gibt, ein ebenso sorgloses wie lässliches Dasein zu führen. Schon die Tatsache, in Rußland oder Polen geboren zu sein, genügt, um selbst den Inhabern von englischen und amerikanischen Pässen bei Reisen nach und durch Ägypten die größten Schwierigkeiten zu machen. Wie stets in solchen Fällen ist der Begriff des Bolschewismus ein höchst dehnbarer und ein willkommener Vorwand, die Abwehrmittel gegen die kommunistische Gefahr auch auf andere nach Ansicht der ägyptischen Regierung mißliebige Persönlichkeiten anzuwenden. Die Nervosität der ägyptischen Regierung ist augenblicklich wieder besonders groß. Trotz aller Schiltanen ist es Mohammed Mahmud bisher nicht gelungen, der waldistischen Opposition Herr zu werden. Zensurverbote, direkte und indirekte Verfolgung der Anhänger des parlamentarischen Systems haben sich bisher als wirkungslos erwiesen. Seit dem

Sieg der englischen Arbeiterpartei

haben sich die Berlegenheiten der Anhänger des Systems der verheerenden Diktatur noch erhöht, weil ihnen die Aufrechterhaltung der Fiktion, daß die politische Freiheit in Ägypten trotz der Abschaffung der Volksovertretung nicht im mindesten bedroht ist, immer schwieriger wird. Zu diesem Zweck wird eifriger als bisher versucht, die Verbindungen der Opposition mit dem Ausland zu stören.

Wie sich die politische Welt Europas in den Köpfen der ägyptischen Staatsmänner spiegelt, sei durch ein kleines Erlebnis dargestellt. Als ich als Orientkorrespondent der SPD. im vorigen Jahre das Bismarck nach Ägypten verlangte, forderte der ägyptische Generalkonsul in Jerusalem

den israelischen Nachweis des deutschen diplomatischen Vertreters, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht identisch sei mit den russischen Kommunisten.

Die Bemerkung, daß die deutsche Sozialdemokratie und die englische Arbeiterpartei politisch wie geistig die gleichen Ziele hätten, genügte dem ägyptischen Diplomaten nicht. Der deutsche Generalkonsul war daher wider allem Brauch zur schriftlichen Bestätigung

dieser Erklärung genötigt, obwohl die politische Aufklärung von Kollegen nicht eigentlich in den Bereich seiner Tätigkeit fällt.

In diesem Jahre hat sich das gleiche Spiel in noch unangenehmerer Form wiederholt. Die Lage in Ägypten, über die selbst in die Nachbarländer nur verschwommene Mitteilungen dringen, sowie der Eindruck des Vertrages mit England auf die ägyptische Öffentlichkeit schienen eine Information an Ort und Stelle nötig zu machen. Ich setzte mich brieflich mit drei Persönlichkeiten aus allen Lagern der ägyptischen Politik in Verbindung und erluchte sie um Interviews: Mit dem englischen Oberkonsul in Ägypten Lord Elond, dem Ministerpräsidenten Mohammed Mahmud und dem Führer der Opposition, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Mustapha Rahas Pascha. Rahas Pascha erklärte die Bereitschaft zu einer Unterredung. Von Mohammed Mahmud kam überhaupt keine Antwort, während Lord Elond höflich mit der Begründung ablehnte, daß er prinzipiell keine Interviews gewähre. Ich gab mich mit der Erklärung des mächtigsten Mannes in Ägypten zufrieden, da er noch immer so naiv ist zu glauben, daß an dem Wort eines Großen nicht zu drehen und zu deuteln ist. Ich war allerdings sehr überrascht zu erfahren, daß der englische Oberkonsul seinem Prinzip sehr schnell untreu geworden ist, da er

kaum zwei Wochen nach diesem Bescheid den Vertreter des „Berliner Lokal-Anzeiger“ zu einer Unterredung empfing, die er mir als dem Korrespondenten des SPD. verweigert

hatte. Ueber feilsche Bindungen läßt sich nicht streiten, aber es löst sich dennoch fragen, ob dem publizistischen Vertreter einer Bruderorganisation der gegenwärtig in England regierenden Partei nicht das billig war, was dem Repräsentanten der Hugenberg-Brücke recht gemessen ist.

Sowohl der deutsche Generalkonsul in Jerusalem, wie der deutsche Geschäftsträger in Kairo haben sich mit dankenswerten Eifer der Sache angenommen, als die ägyptische Regierung mir schließlich die Einreise nach Ägypten ohne Angabe von Gründen verweigerte. Ihren Bemühungen ist es gelungen, diese unverständliche Maßnahme rückgängig zu machen, aber die ägyptische Regierung bestand auf einer Erklärung, in der die Enthaltung von jedem persönlichen Eingriff in die politischen Angelegenheiten Ägyptens und jeder mündlichen und schriftlichen Propaganda gefordert wurde. Nach 14tägigem Hin und Her bequeme sich das ägyptische Ministerium des Innern endlich dazu, ein Bismarck für einen Monat zu erteilen. Dieses „Entgegenkommen“ wurde jedoch aus prinzipiellen Gründen abgelehnt, da jeder deutsche Staatsangehörige nach den zwischen Deutschland und Ägypten bestehenden Verträgen das Recht hat,

ein Bismarck auf ein Jahr zu beanspruchen.

Das Verhalten der ägyptischen Regierung trägt offensichtlich den Charakter einer Sabotage, denn trotz der dringlichen telegraphischen und telephonischen Vorstellungen der deutschen diplomatischen Vertreter in Jerusalem und Kairo ist die Angelegenheit aus wichtigen Gründen von ägyptischer Seite immer wieder verschleppt worden. Die ganze Einstellung der ägyptischen Behörden bestätigt den von Anfang an vorhandenen Verdacht, daß der Sinn dieser sinnlos scheinenden Maßregel darin bestand, eine Fühlungnahme mit dem Chef der ägyptischen Opposition Rahas Pascha zu verhindern.

Ein Mächtiger Mussolini im Kerker.

Das Ende Gajdas.

Prag, 19. Juni.

Der ehemalige Generalkonsul General Rudolf Gajda hat's sich heute vor dem Prager Kreisstrafgericht wegen Missetat an dem am 23. August 1927 erfolgten gewalttätigen Eindringen von Faschisten in die Villa des Ministerpräsidenten im Nationalverteidigungsministerium Dr. Beneš zu verantworten. Die Eindringlinge wollten sich damals eines Teil der Akten des Disziplinerverfahrens gegen Gajda und hauptsächlich eines Schreibens bemächtigen, welches der Präsident der Republik an Dr. Beneš gelangt haben sollte. Der heutige Prozeß ist bereits der dritte, der in dieser Angelegenheit geführt wird. Im ersten, im Jahre 1927, verhandelten Prozeß wurden die unmittelbaren Teilnehmer an dem Einbruch in der Villa verurteilt. Später wurde auf Grund von Angaben aus den Reihen der Teilnehmer gegen 13 weitere Personen ein Gerichtsverfahren durchgeführt. Das im April dieses Jahres mit der Verurteilung von fünf der Angeklagten zu

3 bzw. 4 Monaten Kerker und dem Freispruch der übrigen endete. Das danach abgetrennte Verfahren gegen Gajda und Dr. Branžovka wurde nun durchgeführt. Gajda wurde wegen Beihilfe zum Verbrechen der Verheimlichung von Indizien schuldig erkannt und zu 2 Monaten Kerker, verhängt durch Beneš, und zum Erlaß der Gerichtskosten verurteilt, während Dr. Branžovka, der der Missetat an dem gemeinsamen Eindringen in fremden Besitz angeklagt war, freigesprochen wurde. Sowohl der Staatsanwalt wie auch der Verteidiger des Angeklagten Gajda meldeten Revisions an.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Beschlusse über den Verkehr mit unedlen Metallen. Der Ausschuß lehnte den Regierungsentwurf ab und nahm statt dessen einen Antrag des Abg. Dr. Reichert (DnSt.) an, wonach die geltende gesetzliche Regelung verläßlicher werden soll.

Die Amsterdamer Polizei verhaftete am Mittwoch sechs Personen, die in der vergangenen Woche das Verlagsgebäude der sozialistischen Tageszeitung „Het Volk“ mit Schleiern bedeckt hatten. Die Verhafteten gehören der niederländischen sozialistischen Vereinigung „Der Velen“ an; zwei sind erwerbslos.

Sozialdemokratische Steuerpolitik.

Abg. Dr. Herz entlarvt die demagogische Opposition.

Der Reichstag beriet am gestrigen Mittwoch zunächst die Regierungsvorlage auf Aussetzung von Prozessen über ältere staatliche Renten.

Abg. von Lindener-Wildau (Dnat.) behauptet, dies sei ein Ausnahmefall gegen Gläubiger des Fiskus.

Reichsjustizminister v. Guérard erwidert, das Sperrgesetz sei notwendig, um Unrechtsbildung zu verhindern, die bei dem Mangel klarer Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet drohe und schon begonnen habe.

Abg. Lohr (Kaufm.): Enteignung ist nach der Verfassung nur im Interesse des allgemeinen Wohls zulässig, hier aber konfisziert der Staat ohne Recht.

Abg. von Lindener-Wildau (Dnat.): Der Fiskus will sich legalen Verpflichtungen entziehen; bei den 1471 Fällen, die dieses Gesetz betrifft, handelt es sich nur um neun Ständeherrn mit 300 000 Mark Ansprüchen, sonst um Gemeinden, öffentliche Körperschaften usw. Preußen verwehrt dem Landgrafen von Hessen die Wahrnehmung seiner Rechte.

Abg. Dr. Bredt (Wp.): Die Regierung weiß, daß sie diesen verfassungswidrigen Entwurf nicht durchbringt. Warum legt sie nicht ein Aufwertungsgesetz vor, das nur einfacher Mehrheit bedarf? Die Vorlage geht an den Rechtsausschuß; darauf wird der Etat weiterberaten beim Finanzhaushalt.

Abg. Dr. Fischer (Dem.): Die Reparationsvereinbarung kann nur dann eine dauernde Entlastung bringen, wenn sich eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Mächten bildet. Die Deutschnationalen versuchen auch hier wieder eine Scheidelinie zu ziehen: die national, hin antinational. Die Deutschnationalen haben erst das Dawes-Abkommen ermöglicht, das jetzt in Paris gemildert worden ist. Diese Erleichterungen müssen wieder der überlasteten Wirtschaft durch Steuerentlastungen zugute kommen. Die Reichsstafel kann vielleicht durch ein unabhängiges Organ, wie Sparkommissar und Rechnungshof saniert werden. Das Steuerwesen ist viel zu kompliziert, da muß auch der größte Beamtenfleiß nichts.

Abg. Dr. Rademacher (Dnat.): Wir glauben noch nicht an eine gute Finanzreform. Wir müssen nicht sozialisieren, sondern entschärfen (Sehr richtig! rechts), um das Vertrauen zur

Währung und zur Wirtschaft wiederherzustellen. Die Sozialdemokratie und ihre Finanzminister sind dazu nicht imstande, denn aus Angst vor den Kommunisten wagen sie nicht, den Massen die Wahrheit zu sagen. So bei der Arbeitslosenversicherung, die eine Unmasse Staatspensionäre schafft, obwohl sie in gewissem Maße notwendig ist. Es schien, als ob man durch Sofortprogramm usw. die ungeheuren Mißstände beseitigen würde, aber kaum hatte man den Auslandspump von 50 Millionen Dollar, so vertagte man aus Massenjähre die Reform auf den Herbst, während sie nur bei fallender, nicht bei steigender Arbeitslosigkeit vorgenommen werden kann. Man vertreibt sich hinter einen Ausschuß. Wann werden sie den Mut haben, mit Regnes den Arbeitern zu sagen, daß die Pariser Vereinbarung die Arbeitslohnhöhe, die Arbeitszeitverlängerung und die Sozialfürsorge bedroht. Sie (zu den Sozialdemokraten) beileben sich aber, vorzeitig die Zustimmung zu erklären. Sie machen es so wie 1918, wo Sie die Schuldfrage anerkannten, weil ihr Haß gegen das alte Regime größer war als Ihre Sorge um die Zukunft des neuen Staates. (Stürmischer Widerspruch der Soz. Abg. Landsberg macht erneut dem Redner Fälschung zum Vorwurf.) Sie sagen sehr oft etwas, was mir nicht paßt. Da könnte ich also auch immer Fälschung behaupten. Das dauernde Reden von Steuerentlastung nützt den Steuerzahlern nichts.

Abg. Gerauer (Bayer. Sp.): Neue Steuerquellen könnten durch Erhöhung der Umsatzsteuer für ausländische Produkte erschlossen werden. Die Verzehrsteuer (Ermäßigung der Lohnsteuer) wird sich nicht aufrechterhalten lassen. Die Mißstände in der Arbeitslosenversicherung müssen verschwinden. Die Bauern brauchen besseren Zollschutz. Das Reich müßte den Gemeinden die Familienunterstützung zurückerstaten, die sie im Kriege gezahlt hat.

Abg. Torgler (Komm.): Die Regierungsparteien sind über eine Steuerentlastung zugunsten des Besitzes schon einig, obwohl der Besitz mit 33% Proz. der Massenverbraucher oder mit 66% Proz. belastet ist. Die großen Konzerne erhalten vom Finanzministerium leicht die Niedererschlagung von vielen Millionen Steuerrückständen, beim Finanzamt Köln allein 20 Millionen. Der Buch- und Betriebsprüfungsdienst wird in der Großindustrie sabotiert.

daron denken, seinen Bedarf lediglich aus direkten Einkommens- und Vermögenssteuern zu decken. Gerade wir, die wir dem Staat nicht nur Polizeifunktionen zuweisen, sondern auch die Erfüllung weitgehender kultureller und sozialer Pflichten, müssen bereit sein, ihm die Mittel zu geben, die er zur Erfüllung solcher Aufgaben braucht.

Im Verhältnis der indirekten zu den Besitzsteuern haben die letzten Jahre eine günstige Verschiebung gebracht. 1925 kamen noch 73 Proz. des Gesamtsteuerertrages aus den Massensteuern auf, im letzten Jahr nur noch 63 Proz. Das ist nicht gleichbedeutend mit einer stärkeren Belastung des einzelnen Steuerpflichtigen, sondern auch die Folge besserer Konjunktur und einer besseren Veranlagung in den letzten Jahren.

Während aber in Deutschland die Massensteuern in den letzten Jahren weniger gestiegen sind als die Besitzsteuern, ist in Rußland von 1924/25 auf 1926/27 die Besitzbelastung zwar von 595 auf 842 Millionen Rubel gestiegen, die Massenbelastung aber von 728 auf 1530 Millionen Rubel, somit auf das Doppelte (höer, hört!), die Besitzsteuern aber nur um 50 Proz.

Es besteht also auch in Rußland keine Möglichkeit, den gesamten Staatsbedarf durch direkte Steuern zu decken, auch dort wird der Massenverbrauch herangezogen.

Abg. Torgler hat uns vorgeworfen, daß wir gemeinsam mit den anderen Regierungsparteien in einer Entschließung die Prüfung der wirtschaftlichen, steuerlichen und sozialen Verhältnisse der öffentlichen Betriebe verlangen. Die Regierungsparteien sind in dieser Frage nicht eines Sinnes, aber diese Entschließung ändert nichts an unserer Auffassung, daß eine

Höherbesteuerung der öffentlichen Betriebe falsch und sinnlos

wäre und daß wir alles tun werden, um sie zu bekämpfen. Diese Entschließung aber, zu der wir uns bekennen, will einen Weg einschlagen, der frei ist von allen Bedenken. Sie will nur Klarheit über die wirkliche Lage der öffentlichen Betriebe erzielen und daran sind auch wir interessiert, die eine stärkere Belastung dieser Betriebe verwerfen. Herr Torgler aber kann sich in Rußland überzeugen, in welchem Umfange dort die Verschärfung der kommunalen und öffentlichen Unternehmungen bereits vollzogen ist. (Abg. Höllein: Wenn sie nur Dich verschauern läßt! — Heiterkeit.)

Das beste Steuergesetz kann keinen Ertrag liefern ohne geordnete Verwaltung und gleichmäßige Anwendung. Die materiellen Ergebnisse des Buch- und Betriebsprüfungsdienstes sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Während aber 1926 noch 82 000 Betriebe geführt worden sind, waren es im Jahre darauf nur 57 000 und 1928 nur noch 51 000. Dieser starke Rückgang ist auffällig, zumal die Zahl der Prüfer gestiegen und der ganze Apparat ausgedehnt worden ist, auch besser funktioniert als vor drei Jahren. Vielleicht ist der Rückgang auf sorgfältigere Prüfung zurückzuführen. Nach der Reichsabgabenordnung sind die Großbetriebe alle drei Jahre zu prüfen, aber das soll nur die Regel sein. Nichts hindert die Reichsfinanzverwaltung, zu geringeren Fristen überzugehen. Forderungen zur weiteren Ausgestaltung dieses Dienstes, der auch die Mittel- und Kleinbetriebe prüft, werden mir wohlwollend behandelt.

Wir verlangen in einer Entschließung einen Gesetzentwurf zur Offenlegung der Steuerlisten. Wir sind überzeugt, daß die Steuerverhältnisse in Deutschland von sehr vielen Steuerpflichtigen so lange als drückend und ungerecht empfunden werden.

solange die Meinung stark verbreitet ist, daß große leistungsfähige Unternehmungen mit komplizierten Verhältnissen steuerlich anders behandelt werden als die kleinen Leute.

In allen Ländern besteht der Kampf der Steuerpflichtigen mit dem Fiskus; er muß ihn führen auch im Interesse aller derjenigen, die nicht die Möglichkeit haben, niedriger zu deklarieren als eine kleine Anzahl bevorzugter Steuerpflichtiger. Das Maß der Steuerbelastung hängt mit von der gleichmäßigen Durchführung der Steuer-gesetze ab.

Man sagt uns, wegen der großen Kapitalflucht könnte man jetzt nicht zur

Offenlegung der Steuerlisten

übergehen. Warum sollen wir auf diejenigen Rücksicht nehmen, die der deutschen Steuergesetzgebung zu entziehen streben? (Sehr wahr! links.) Gewiß erfolgt die Gründung vieler deutschen Unternehmungen im Ausland nicht allein aus solchen Gründen, sondern aus ökonomischen Erwägungen berechtigter Art. Aber angesichts der Finanznot des Reichs müssen solche Rücksichten zurückgestellt werden. Wir wünschen deshalb, daß die allgemeine Finanzreform, die für einen noch unbestimmten Zeitpunkt in Aussicht gestellt ist, nicht nur die Steuerpolitik, sondern auch die Steuerverwaltung behandelt, und zwar unter dem Gesichtspunkt: Wie kann der notwendige Staatsbedarf in der mildesten Weise gesichert werden und wie können wir erreichen, daß der Leistungsfähigkeit der einzelnen Schichten auch bei der Steuererhebung Rechnung getragen wird? (Lebhafte anhaltender Beifall bei den Soz.)

Abg. Naubel (S.) ist für Ausbau der Buch- und Betriebsprüfung, aber für Rücksichtnahme auf die besonderen Verhältnisse der Kleinbetriebe. Das beste Mittel zur Verhinderung der Kapitalflucht ist Steuerentlastung. Werbeanzeigen für die steuerfreie Reichsanleihe haben keine Blätter bekommen, während große Zeitungen übergangen worden sind.

Was die Volkspartei will.

Abg. Dr. Cramer (D. Sp.) begründet Anträge seiner Partei auf Verschärfung des Kontrollrechts des Reichsfinanzministeriums und räumt das amerikanische Vorbild im Sparen. Vor allem muß, so fährt er fort, die offene Wunde der Arbeitslosenversicherung sofort geschlossen werden. Ruß hat in diesem Winter wieder solche Zuschüsse zahlen, dann kommen wir nicht zum Staatsausgleich für 1930. Wir erkennen die große Sachkenntnis des Finanzministers an, wünschen ihm aber einen stärkeren Willen zur Durchführung dessen, was er selbst als richtig erkannt hat. Während er nach dem Abschluß der Pariser Verhandlungen eine Steuerentlastung angekündigt hat, hören wir jetzt Töne, die uns nicht gefallen, und die der Zusammenarbeit der Koalition nicht förderlich sind. Die Steuerentlastung darf auch vor den großen Vermögern nicht halt machen. Eine Steueramnestie wird der Kapitalflucht ein Ende machen und die Steuermoral auf englisch-amerikanisches Niveau heben. Die Ausdehnung der Besteuerung der öffentlichen Betriebe, Kapselsteuern in den Ländern widersprechen der Reichsverfassung.

Abg. Collofer (Wirtschaftsp.): Die Deutschnationalen haben kein Recht zu Angriffen auf den Reichsfinanzminister, denn ein großer Teil des Defizits kommt aus ihrer Regierungszeit. Bei der Aufstellung des Etats möge man nicht, die Steuern zu erhöhen, so lehnt man einfach die Vermögenswerte hinauf. Unsere früher verabschiedeten Sparmaßnahmen haben jetzt alle Parteien übernommen. Der Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung muß verhindert werden. Eine Steueramnestie für die Betrüger, die deutsches Kapital ins Ausland verschoben haben, lehnen wir ab. Mit den

Geschenken und mit dem Bußen um die Gunst der Massen muß Schluss gemacht werden. Arbeiten und Sparen darf nicht länger unter Strafe gestellt sein, schaffen Sie den wirklichen Volksstaat an Stelle eines Budgethaushaltens des Bureaukraten.

Abg. v. Sybel (Chr.-nat. Bauernp.) verlangt Herabsetzung der Einheitswerte und Senkung der Vermögenssteuer.

Abg. Dr. Föhr (S.) erklärt es für möglich, daß die Länder Entlastungen der Realsteuern vornehmen, weil sie sonst ihre eigenen Bedürfnisse nicht zu decken vermögen. Man warte da vergeblich auf das Wunder, das das Steuerereinhaltungsgesetz bringen wird.

Abg. Lankh (Dem.) wendet sich gegen die Deutschnationalen, denen er vorwirft, daß sie nicht die Interessen der Bauern wahrnehmen. Diese werden mit ihren wahren Freunden gehen, die aber nicht auf der Rechten sitzen. (Beifall links.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Föhr (Bayer. Sp.) und v. Sybel (Chr.-nat. Bauernp.) vertagt sich das Haus um 6½ Uhr auf heute 11 Uhr vormittags: Haushaltsgesetz, Abstimmungen zum Finanzetat.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Abrechnung mit der Opposition.

Abg. Dr. Herz (Soz.):

Die Opposition, besonders die deutschnationale, verdient Anerkennung für ihre Haltung. Hatte bereits die gestrige Rede des Dr. Quast sehr wenig Angriffe gegen die jetzige Finanzpolitik gebracht, so hat es sich Dr. Rademacher heute noch wesentlich leichter gemacht, und seine Rede erfordert kaum eine Widerlegung, besonders dann nicht, wenn man berücksichtigt, mit welcher Leichtfertigkeit er Behauptungen aufgestellt hat. So hat er gesagt, die Sozialdemokratie hätte aus Haß gegen das alte System die Schuldfrage anerkannt, also wir hätten eine, nach der Meinung Dr. Rademachers das deutsche Volk schwer schädigende Behauptung aus unsachlichen Motiven, aus Haß gegen den alten Staat, gebilligt. Tatsache ist aber, daß der damalige

Reichskanzler Gustav Bauer jene Erklärung über die Schuldfrage abgegeben hat, auf die sich alle nachfolgenden Regierungen der letzten zehn Jahre berufen haben;

Tatsache ist ferner, daß die deutschnationale Fraktion, als in der Nationalversammlung zweifelhaft war, ob eine Mehrheit für den Verfall der Friedensverträge sei, erklären ließ, sie billigten jeden, der für die Vorlage stimmen würde, die vaterländische Gesinnung zu. Das geschah in der ausgesprochenen Absicht, eine Mehrheit für die Annahme des Verfall der Friedensverträge zu schaffen. Wer mit solcher Leichtfertigkeit Behauptungen aufstellt, darf sich nicht wundern, wenn auch seine übrige Rede nicht sehr ernst genommen wird. (Sehr wahr! links.) Er darf sich besonders nicht wundern darüber, wenn er eine Fraktion vertritt, die vor fünf Jahren bei der Entscheidung über die Dawes-Vorlage sich den Vorwurf der ganzen Öffentlichkeit hat gefallen lassen müssen, daß sie gegen ihre Überzeugung aus parteipolitischen Motiven gehandelt und gestimmt hat.

Dr. Rademacher hat keinen Zweifel daran gelassen, daß seine Freunde keine andere und wichtigere Aufgabe sehen, als den Aufbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung. (Widerspruch rechts.) Dr. Rademacher hat keinen Zweifel daran gelassen, daß ihm diese ganze Einrichtung außerordentlich unsympathisch ist, und daß er die Verminderung der Leistungen als den einzigen Weg ansieht, das Reich und die Wirtschaft von dieser Last zu befreien. Er hat selbst gesagt, daß nach seiner Beurteilung noch für lange Zeit mit einer starken organischen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Darin liegt die Erkenntnis, daß aus allgemeinen wirtschaftlichen Ursachen große Massen nicht die Möglichkeit haben, ihrer Arbeitskraft zu verwerten. (Sehr wahr! links.) Dann aber ist es

eine Selbstverständlichkeit, daß die Allgemeinheit, die daraus entstehende Last übernehmen muß.

Die sozialdemokratische Fraktion hat wiederholt dazu Stellung genommen, und geteilt hat mein Freund Keil betont, daß wir die Sanierung der Arbeitslosenversicherung als dringlich ansehen, und daß, wenn die Erleichterung der allgemeinen Finanzlage uns eine gewisse Bewegungsfreiheit gibt, wir nicht daran vorbeigehen können, daß die Arbeitslosenversicherung auch Mittel der Allgemeinheit in Anspruch nehmen muß, wenn nicht andere Wege gegangen werden können, um die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung aufrechtzuerhalten.

Den persönlichen Angriffen des Abg. Torgler gegen Beamte des Finanzministeriums können wir erst dann näher treten, wenn sie mit Beweisen belegt werden. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Allgemeinen Verdächtigungen, bei denen auch nicht der Versuch gemacht wird, irgendeine Unterlage beizubringen, halten wir für vollkommen ungewöhnlich. Vielleicht hat Herr Torgler diese Angriffe unternommen, weil er seinen Freunden eine Schwäche gezeigt hatte; auf einen Jurist des Abg. Dr. Bredt hat der

Abg. Torgler nämlich gesagt, seine Freunde hätten viel mehr mitgearbeitet, als die Fraktionskollegen Bredts.

Am letzten Augenblick muß Torgler eingestanden sein, daß seine hohen Vorgesetzten in Moskau darin etwas Anstößiges finden würden, und er hat mit einem kleinen Nicken hinzugefugt, daß geschieht selbstverständlich nicht im Interesse dieses bankrotten Staates, sondern im Interesse der wertvollen Massen. (Heiterkeit.) Torgler hat dann behauptet, daß die Regierungsparteien für den Fall der Erleichterung der Reparationslast bereits eine Senkung der Besitzsteuern abgemacht hätten. Mir ist nicht das geringste davon bekannt, und keiner von uns hat daran gedacht sich über eine Frage den Kopf zu zerbrechen, deren Lösung wir nicht übersehen können. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Herr Torgler hat sich über die Ablehnung der kommunistischen Steuerentlastung im Ausmaß bedauert. Auch die Sozialdemokratie hat die meisten dieser Anträge abgelehnt, weil sie es für unverantwortlich hält, in einer Zeit schwerster Finanznot dem Reich viele Milliarden an Steuerentlastungen zu entscheiden. Die Kommunisten haben beantragt die Aufhebung der Zölle und der Steuern vom

Wohn, auf Tabak, Zucker, Bier, Umsatz, Hauszins, Zündwaren, Leuchtmittel und Spielarten. Das würde einen Steuerausfall von mehr als 5 600 Millionen Mark im Jahre bedeuten. Allerdings beantragen die Kommunisten auch Steuererhöhungen: alle Einkommen über 35 000 M. sollen konfisziert, die Steuern auf Vermögen, Erbschaft und Gesellschaften sollen erhöht werden. Selbst wenn man hieraus für das erste Jahr einen Ertrag von 4 Milliarden rechnet, würde

der Ertrag der kommunistischen Steuerentlastung ein Ausfall von 1 600 Millionen

sein, die bei der heutigen Lage nicht zu entbehren sind. Auch ein kommunistischer Finanzminister könnte darauf nicht verzichten (andauernde lärmende Zwischenrufe des Abg. Höllein), sogar wenn er Höllein heißen sollte. (Heiterkeit.) — Abg. Höllein: Das überläßt nur mir, ich brauche nicht soviel wie du. Diese kommunistische Steuerpolitik würde aber bald dazu führen, daß auch die Mehrsteuern keinen Pfennig mehr bringen und Fehlbeiträge von 5, 6 und 7 Milliarden auftreten würden. (Abg. Höllein: Du kannst dich anstellen lassen beim Dornbusch, dem Bankier, als Hofhund für seinen Geldsäckel! — Diese Worterzesse werden vom Hause und dem Vorliegenden ignoriert.) Wer nur in der Schule das Einmaleins gelernt hat, wird in der Beurteilung der kommunistischen Anträge mit uns übereinstimmen. (Zustimmung.) Herr Torgler ist vorhin begeistert für neue Anwendungen an die Beamten eingetreten, er wird aber damit kaum Eindruck machen, da er nicht bereit ist, die dafür erforderlichen Mittel zu bewilligen, nicht einmal die Mittel für die jetzige Besoldung unserer Beamten. (Abg. Höllein: Untere Anträge haben wir aus dem Handbuch für die sozialdemokratischen Reichstagswähler 1913 abgeschrieben, das kannst du nachlesen. — Gegenrufe der Sozialdemokraten. — Abg. Höllein: Ja, ich habe was gelernt, ich habe noch nicht alles vergessen, was da drin steht.) Für die noch zu erwartende Rede Hölleins will ich folgendes sagen: Sie werfen uns vor, daß wir vielleicht in gewisser Hinsicht zu manchen Aufstellungen der Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit über die indirekten Verbrauchssteuern heute anders denken als früher. Ich will nicht untersuchen, ob dieser Vorwurf richtig ist, es läßt sich aber sehr gut

aus den Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitagung nachweisen, daß die Sozialdemokratie auch in ihrer Jugendzeit nicht die völlige Ablehnung von Verbrauchssteuern ausgesprochen hat.

(Hört, hört!) Die Sozialdemokratie hat die Anschauung vertreten, daß, solange die Möglichkeit besteht, den Bedarf des Staates durch Steuern auf Einkommen und Vermögen zu decken, dies der indirekten Massenbelastung vorzuziehen sei. Heute aber ist weder in Deutschland noch in den anderen modernen Ländern die Möglichkeit gegeben, auf indirekte Massensteuern zu verzichten. Bei der internationalen Verflechtung der Wirtschaft kann auch nicht ein einzelner Staat

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Cramer; Revolution: A. H. Böcher; Colosse; und Sozialp.: Zeit. Korrespondenz; Anzeigen: Th. Glaser; Jarmisch, in Berlin; Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Hindenburgstr. 2; hierzu 2 Beilagen aus „Kulturpolitik und Wissen“.

Berlin ehrt die Wiener Gäste.

Der große Empfang im Rathaus.

In Gegenwart des Reichspräsidenten begrüßte gestern der Berliner Oberbürgermeister Böß nachmals bei festlichem Empfang unsere Wiener Gäste.

Dr. Böß sprach nachmals den Dank der Stadt für den Besuch der Wiener Gäste aus, wobei er an den Aufenthalt der Berliner Magistratsmitglieder in Wien anknüpfte. Dann schilderte er die sozialen und kulturellen Aufgaben der beiden Großstädte, die sie zu erfüllen haben trotz der Wunden vom Krieg her und trotz der schweren wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Gegenwart. Zum Schluß sprach Dr. Böß von dem behaupteten Gegensatz zwischen dem Norden und dem Süden der deutschen Stämme überall dort, wo sich die Vertreter von Nord und Süd zu gemeinsamer Arbeit, besonders auf kommunalem Gebiet, zusammenschließen, ist aber von einem Gegensatz oder gar von Nichtverstehen keine Rede, sondern die großen Aufgaben werden in geduldiger Zusammenarbeit geleistet. Der Oberbürgermeister schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Stadt Wien, ihren Bürgermeister, ihre Verwaltung und ihre Bewohner.

Bürgermeister Seiß dankte für den herrlichen Empfang, den er und die Vertreter Wiens hier gefunden haben. „Ich greife das Wort auf“, sagte Bürgermeister Seiß, „von der Verschiedenheit der Stämme des deutschen Volkes. Es wäre sinnlos, sie zu leugnen. Wir empfinden sie im Lebensstil, den Bauformen, in der Produktion, in der Landschaft. Aber die besonderen Eigenheiten ergänzen einander und ergeben eine Gesamtgröße des deutschen Volkes, die immer in der Geschichte der Welt ein wichtiger Faktor sein wird. Unser Besuch ist mehr als ein Höflichkeitsspiel. Für unsere Empfindung ist er Befundung brüderlicher Gefühle der Solidarität — für unser Denken ein Erwerb von Kenntnissen und ein Schöpfen von Erkenntnissen. Wie schon einmal in der Geschichte, erwinnen gerade die Städte immer mehr an Bedeutung. Die Macht der Staaten — wir mögen das bebauern oder nicht — wird geringer — die Macht der Städte steigt. Sie sind die Zentren nationaler, aber damit auch internationaler Wissenschaft und Kunst. In den Großstädten vor allem werden die Entscheidungen über die künftigen Lebensformen der Menschheit getroffen, die neuen Typen der Arbeitsbewältigung entwickelt. Der innige Verkehr der Städte untereinander ist eine eiserne Notwendigkeit, die gerade Wien, der älteste Punkt deutscher Siedlungen, lebhaft empfindet. Wir erleben auch hier, bei unserm Besuch, Verschiedenheiten, die wir geradezu als reizvoll empfinden. Wir haben vieles gesehen, das uns lebhaft interessiert, vieles, was wir nachahmen wollen und vieles, was wir bewundern, wenn wir auch wissen, daß es uns bei unseren zwar soliden und konsolidierten, aber doch sehr dürftigen Finanzen nicht erreichbar erscheint. Es wird kaum eine große Stadt der Welt geben, die an Problemen der inneren Verwaltung reicher ist als Berlin. Aber Sie werden alle diese Probleme lösen. Unser Eindruck ist — und ich hoffe, daß bald die ganze Welt ihn teilen wird — der stärkste Ausdruck des ungebügten, weil unbehaglichen Lebenswillens der ganzen Nation geworden.“

An die Festreden schloß sich ein geselliges Beisammensein.

Die gestrigen Besichtigungen.

Den zweiten Tag ihres Berliner Besuches nutzten die Wiener Gäste aus, um sich die kommunalen Einrichtungen der Stadt Berlin anzusehen. Eine Gruppe unserer Wiener Konsulatsinteressierte sah vor allem für das Verkehrsunternehmen der Stadt Berlin. Unter Führung des Direktors Genossen Brödel besichtigten die Gäste den Verbindungsbahnhof der Unter-

grundbahn am Hermannplatz mit dem neuen Zugang zum Warenhaus Karstadt und die U-Bahnstationen am Alexanderplatz. Die Wiener waren voll des Lobes über das Untergrundbahnbauwerk. Besonders eindrucksvoll wirkte auf sie der Untergrundbahnbau auf dem Alexanderplatz, wo gleichzeitig drei Bahnführungen untereinander laufen werden. Die Wiener ließen sich auch von Stadtrat Weber an Hand von Plänen die neuen Straßendurchbrüche erläutern. Bürgermeister Seiß sah sich mit einigen Delegierten die Omnibuswerkstätten der Stadt Berlin an. In diesem mit allen modernen Hilfsmitteln ausgestatteten Bau interessierten sich unsere Freunde sehr für die automatischen Feuerlöschvorrichtungen, die auch praktisch vorgeführt wurden. Das Verriegelungssystem ist so eingerichtet, daß die aufsteigenden Flammen die Wasserrohre, die stellenweise nur mit leicht schmelzbarem Metall verschlossen sind, erwärmen. Diese Tropfen werden durch die Hitze zum Schmelzen gebracht, dadurch werden die Wasserrohre automatisch geöffnet. Besichtigt wurde außerdem noch der Straßenbahnhof in der Müllerstraße. Eine andere weitere Gruppe der Wiener, an der unter anderem Stadtrat Speiser und der Präsident des Stadtschulrates Gädzel teilnahmen, besichtigte die neuen Spiel- und Sportplätze der Stadt Berlin. Stadtmedizinalrat Dr. v. Drigalski zeigte seinen Gästen den riesigen Volkspark auf dem Tempelhofer Feld und das moderne Fließbad in Lichtenberg, das 6000 Quadratmeter Wasserfläche und 15 000 Quadratmeter Gesamtfläche aufweist. Auch der Volkspark Rehberge, der am Sonntag eröffnet wird, gefiel den Wienern, die besonders darüber erfreut waren, daß auch in diesem Volkspark, der in einem Arbeiterort liegt, herrliche Spiel- und Sportplätze neben wunderbaren Blumenbeeten zu finden sind. Frau Stadtrat Genossin Dr. Wenzl übernahm die Führung einer dritten Gruppe, die sich die Wohlfahrtsanstalten der Stadt Berlin ansehen wollte. Es wurde ihnen das Pflanzamt am Alexanderplatz, das Waisenhaus in der Alten Jakobstraße und die Taubstummenanstalt gezeigt.

Selbstverständlich ließ sich Reichspräsident Genosse Loh die Gelegenheit nicht nehmen, seine lieben Wiener Freunde zu sich einzuladen. Bei einem Frühstück, das er ihnen gab, fand er herzliche Worte für die Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühles der beiden Länder. Die Arbeit der Wiener Stadtväter ist von den Berlinern immer anerkannt worden. Bürgermeister Seiß antwortete dem Reichspräsidenten und betonte, daß sie alle sich gefreut haben, über die herzlichen Beziehungen, die zwischen den Wienern und Berlinern bestehen. Er dankte dem Reichspräsidenten Loh für seine stete Hingabe an den Gedanken des geistigen Austausches und Anschlusses des Ostmarklandes an das deutsche Mutterland. Nachmittags machten die Wiener eine Dampferfahrt nach den Havelseen, um auch Berlin Umgebung fernzutourieren und sich von den strapaziösen Besichtigungen im gemütlichen Kreise zu erholen.

Herabsetzung der Vergnügungssteuer.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß der Finanz- und Steuerdeputation vom 14. Juni, bei der Vergnügungssteuer der Kasse der Kinotheater Rechnung zu tragen und diese Steuer bei nachgewiesenem Einnahmerückgang in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September um ein Drittel bzw. um die Hälfte herabzusetzen, zugestimmt.

Der Magistrat hat gleichzeitig diesen Beschluß, soweit er die Kinotheater betrifft, auch auf die Sprechbühnen und Varietés ausgedehnt.

Kirche und Reichsflagge.

Fünf Monate nach der Verhandlung noch kein Urteil

Vor der 14. Zivilkammer des Landgerichts I Schwebt noch immer die Feststellungsklage, die das Bezirksamt Mitte gegen die Kirchengemeinden von St. Nikolai und St. Marien wegen der Beflaggung des Probsteigebäudes angestrengt hatte.

Der Flaggenstreit wurde dadurch hervorgerufen, daß die Stadt Berlin am 30. Geburtstag des Reichspräsidenten v. Hindenburg an dem Probsteigebäude, das städtisches Eigentum ist, dort die Reichsflagge hissen lassen wollte. Der Probst und die Kirchengemeinden widersprachen. Das Bezirksamt Mitte erhob nun die Feststellungsklage, daß sie als Besitzerin des Gebäudes an der Fassade Schmutz und eine Fahnenstange nach ihrem Ermessen anbringen dürfe. Die Verhandlung wurde mehrmals vertagt und unter Zugrundelegung einer Reihe von historischen Urkunden aus den Kirchenarchiven, die bis in die Zeit des Großen Kurfürsten zurückgingen, eine längere Beweis-erhebung angetreten. Im Dezember vorigen Jahres fand die letzte Verhandlung statt, bei der sich die Parteien bereit erklärten, mit der schriftlichen Entscheidung einverstanden zu sein. Das Urteil der 14. Zivilkammer liegt aber jetzt, obwohl inzwischen fünf Monate vergangen sind und beide Parteien wiederholt auf Urteilsvollstreckung gedrängt haben, immer noch nicht vor.

Die Entscheidung des Gerichts soll bereits seit längerer Zeit getroffen sein, die Fixierung der Urteilsbegründung scheint dem Gericht aber besondere Schwierigkeiten zu bereiten. Die Prozeßbeteiligten hoffen aber immer noch die notwendige Klärung wenigstens bis zum Verfallungszeitpunkt im Anlauf zu erhalten.

Abbruch der Spittelkolonnaden.

Der Magistrat beschloß entsprechend dem Beschluß des Stadtoverordnetenaußenbüros, zur Herstellung der neuen Fußgängerlinie und Verbreiterung der Leipziger Straße auf 32 Meter die Kolonnaden auf der Südseite der Leipziger Straße zunächst abzubauen.

Es bestehen lebhafteste Bedenken, ob der Wiederaufbau an derselben Stelle bei der verbreiterten Straße und dem durch die neuen Fassaden hoher Geschäftshäuser völlig veränderten Straßenbilde aus künstlerischen Gründen möglich sein wird. Ueber den Ort der Wiederaufstellung soll aber erst später nach Fertigstellung der Gebäude auf der Südseite entschieden werden.

Die Wahnsinnstat der Abergläubigen.

Und wieder war ein Karpfischer am Werke . . .

Stadt, 19. Juni.

Die bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit des Horaburger Kinderermordes lassen kaum einen Zweifel darüber zu, daß es sich um eine Wahnsinnstat handelt.

Im Hause fand man überall Zeichen eines wahrhaft mittelalterlichen Aberglaubens vor. Auch das Benehmen der Eheleute, namentlich der Frau Stefena, deutet zweifellos auf Wahnsinn hin. Ueber die Tat selbst schreibt noch keines Dunkel. Die ermordeten Kinder wiesen stark blutunterlaufene Stellen am Gesicht und am Kreuz auf. Anscheinend ist der Tod durch Zerschmetterung der Wirbelsäule verursacht worden.

Wie weiter gemeldet wird, war die Frau bereits seit der Geburt des jetzt 1½ Jahre alten längsten Kindes tuberkulös. Nachdem sie sich zuerst einem Hamburger Karpfischer anvertraut hatte, erhoffte sie schließlich Rettung von ihrer Krankheit nur noch durch ein Wunder, und ihr Sinn lenkte sich mehr und mehr auf das Mystische, womit sie auch ihren Mann bald völlig beeinflusst hatte.

überlegt, was er tun soll. Es gibt zwei Möglichkeiten. Ich kann mich zu den Dummtöpfen schlagen, oder ich kann mich zu den Räubern schlagen. Als Dummtopf gewinne ich nichts. Selbst die Brotkrumen werden mir von den Räufern aus dem Munde gerissen. All meine Tage arbeite ich schwer und sterbe in den Seilen. Ich habe nichts gehabt als Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit. Man spricht soviel vom Adel der Arbeit. Ich sage Ihnen, in der Arbeit steht nicht viel Adel. Dann kann ich mich zu den Räufern schlagen, und das habe ich getan. Ich spiele das Spiel, das mir einen Gewinn ermöglicht. Ich bekomme Automobile, gutes Essen und weiche Betten.

Es ist gar kein großer Unterschied, ob man halber Räuber ist wie die Eisenbahn, die den Weizen des Landmanns zum Markt bringt, oder ganzer Räuber und die mäns zum Markt bringt, oder ganzer Räuber und die halbes Räuberium nicht nach meinem Geschmack, das ist mir zu langweilig. Dabei gewinnt man nicht schnell genug, finde ich.

„Aber warum wollen Sie denn gewinnen?“ fragte Dede. „Sie haben doch schon Millionen über Millionen. Sie können nicht in mehr als einem Automobil zugleich fahren und nicht in mehr als einem Bett zugleich schlafen.“

„Das wird in Nummer drei beantwortet,“ sagte er, „und die lautet: Alle Geschöpfe sind so eingerichtet, daß ihr Geschmack verschieden ist. Ein Kaninchen liebt vegetarische Kost. Ein Luchs Fleisch. Enten schwimmen; Klüsen scheuen das Wasser. Ein Mann sammelt Briefmarken und ein anderer Schmetterlinge. Dieser schwärmt für Bilder, jener für seine Nacht, und wieder andere lieben die Jagd auf Großwild. Für den einen sind Kennen das höchste auf der Welt, für den anderen Schauspielereien. Sie können nichts für diesen Geschmack. Sie haben ihn einmal, dabei ist nichts zu machen. Ich liebe nun das Spiel. Ich liebe es, hoch und schnell zu spielen. So bin ich nun einmal. Und daher spiele ich.“

„Aber warum können Sie mit all Ihrem Geld nicht etwas Gutes tun?“

„Danke! Ich tue. Gutes mit meinem Geld tun! Das wäre ungefähr so, als wollte ich den lieben Gott ins Gesicht schlagen und ihm erzählen, daß er nicht versteht, die Welt zu regieren, die er selbst erschaffen hat, und daß man ihm sehr dankbar sein würde, wenn er ein wenig abtrete und einem eine Chance gäbe.“

(Fortsetzung folgt.)

Jack London:

Lochruf des Goldes

(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus.)

„Aber Sie hätten die Kohlen nicht selbst gegraben. Und dennoch trieben Sie den Preis in die Höhe bis auf vier Dollar die Tonne und verdienten einen Haufen Geld daran. Das war Ihr Geschäft. Sie ließen die Armen mehr für die Kohlen bezahlen. Sie spielten wohl ihr ehrliches Spiel, wie Sie sagen, aber Sie steckten Ihre Hand in die Taschen der Armen und nahmen ihnen ihr Geld. Ich kann ein Wort mitreden. Ich habe einen Kamin in meinem Wohnzimmer in Berkeley. Und statt ein Dollar die Tonne mußte ich damals fünfzehn Dollar für Red-Well-Kohlen bezahlen. Sie betrauten mich um vier Dollar. Ich konnte es ertragen. Aber Tausende von den ganz Armen konnten es nicht. Das nennen Sie vielleicht ehrliches Spiel, aber in meinen Augen war es recht und schlecht Raub.“

Danlicht ließ sich nicht aus der Fassung bringen. Das war nicht gerade eine Offenbarung für ihn.

„Schauen Sie einmal, Fräulein Rajon. Ich räume ein, daß Sie mich bei einem wunden Punkt gepackt haben. Aber Sie sehen mich nun seit mehreren Jahren mein Geschäft betreiben und wissen, daß ich es mir nicht zur Regel gemacht habe, die Armen auszuplündern. Ich bin nach den Großen aus. Auf die hab ich es abgesehen. Die plündern die Armen, und ich plündere sie. Die Kohlengeschichte war ein Zufall. Den Armen wollte ich gar nichts zuleide tun, sondern den Großen, und die hab ich auch gekriegt. Die Armen kamen zufällig dazwischen und kriegten was ab.“

„Können Sie nicht sehen,“ fuhr er fort, „daß das nichts als Spiel ist. Jedermann spielt ja auf eine oder die andere Weise. Der Landmann sät seine Saat gegen Wetter und Markt. Dasselbe tut der Stahlruß. Das Geschäft der meisten Menschen geht darauf aus, die Armen auszuplündern. Aber das Geschäft hab ich nie betrieben. Das wissen Sie auch. Ich hab es nur auf die Räuber selbst abgesehen.“

„Ich habe mich nicht richtig ausgedrückt,“ gab sie zu.

„Barten Sie einen Augenblick.“

Eine Welle ritten sie schweigend.

„Es ist mir selbst ganz klar, aber ich kann es nicht recht erklären. Es gibt ehrliche Arbeit, und es gibt Arbeit, die — na ja, die nicht ehrlich ist. Der Landmann bearbeitet den Boden und bringt Getreide hervor. Er macht etwas, das für die Menschheit gut ist. In gewisser Weise wirkt er schöpferisch, er schafft das Korn, das hungrige Jätigen kann.“

„Und dann plündern die Eisenbahnen und Spekulanten ihn aus,“ fiel Danlicht ein.

Dede lächelte und hob die Hand.

„Barten Sie einen Augenblick. Sie bringen mich sonst wieder aus dem Konzept. Mag sein, daß er ausgeplündert wird und schließlich verhungern muß. Jedemfalls aber ist der Weizen, den er herbeigebraht hat, noch auf der Welt. Er existiert. Verstehen Sie nicht? Der Landmann hat etwas geschaffen, sagen wir, zehn Tonnen Weizen, und diese zehn Tonnen existieren. Die Eisenbahnen holen den Weizen zum Markt, zu den Mähdern, die ihn essen wollen. Das ist ehrlich. Das ist, als ob jemand ein Glas Wasser bringt oder uns ein Staubförmchen aus dem Auge holt. Es ist etwas getan, in gewisser Weise geschaffen.“

„Aber die Eisenbahnen sind doch die ärgsten Räuber,“ wandte Danlicht ein.

„Dann ist das, was sie tun, teils ehrlich und teils unehrlich. Jetzt aber zu Ihnen. Sie schaffen nicht. Bringen Sie durch Ihr Geschäft Neues hervor? Zum Beispiel Kohle? Sie graben sie nicht. Sie schaffen sie nicht zum Markt. Sie liefern sie nicht. Sehen Sie das nicht ein? Das meinte ich mit dem Pflanzen von Bäumen und dem Bauen von Häusern. Sie haben nicht einen Baum gepflanzt, nicht ein einziges Haus gebaut.“

„Ich hab' nie gedacht, daß es eine Frau auf der Welt gäbe, die so über Geschäfte sprechen könnte,“ murmelte er bewundernd. „Und in diesem Punkt sind Sie mir über. Aber ich habe meinerseits auch ein ganz Teil darüber zu sagen. Jetzt müssen Sie mich ein wenig anhören. Ich will von drei Gesichtspunkten aus sprechen. Erstens: Wir leben nur kurze Zeit, selbst die Besten von uns, und wir sind sehr lange tot. Das Leben ist ein hohes Spiel. Einige sind im Zeichen des Glücks, andere in dem des Unglücks geboren. Jedermann sieht mit am Tisch und versucht die anderen nach Möglichkeit zu plündern. Die meisten werden geplündert. Das sind die geborenen Dummtöpfe. Da kommt ein Kerl wie ich und

Tabak galt den Indianern als heilig, sie behaupteten, ihn vom „Großen Geist“ erhalten zu haben, und bauten ihn schon lange vor der Entdeckung Amerikas fast im ganzen Kontinent an. Alle Feierlichkeiten und politischen Handlungen waren mit Tabakgenuß verbunden.

Wer Greiling Auslese kennt, wird Verständnis für eine derartige Auffassung haben. Allerdings ist diese Zigarette auch so überraschend mild und blumig-süß, so herrlich aromatisch und reif, daß man sie als Fest-Zigarette in Konsum-Preisliste bezeichnen muß!



GREILING AUSLESE 5/8

Andere Greiling-Marken	
 Kolibri	8/8
Regatta	6/8
Servus	5/8
SchwarzWeiss	4/8

Die Berliner Gewerkschaften 1928

Aus dem Jahresbericht des Ortsausschusses des AOB.

Wie der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht des Ortsausschusses Berlin des AOB für das Jahr 1928 zeigt, haben die Berliner Arbeitergewerkschaften im Vorjahre einen Aufschwung genommen...

rund 400 000 Mitglieder

zählen dürften. Von der Mitgliederzunahme um insgesamt 12,5 Prozent entfallen auf die Arbeiter 32 011, auf die Arbeiterinnen 8 082 und auf die Jugendlichen 1866.

Dass dieser agitatorische Erfolg trotz der beispiellosen Höhe der RPD gegen die Gewerkschaften erzielt wurde, ist der beste Beweis dafür, dass die Verbände der freien Gewerkschaften durch alle Quertreibereien postifischer Wirrtöpfe nicht lohnzuliegen ist und immer weitere Teile der unorganisierten Arbeiterschaft Vertrauen zu den Gewerkschaften setzen.

Die günstige Entwicklung in der Mitgliederbewegung wirkt sich natürlich auch auf die Finanzen der Berliner Gewerkschaften aus. Die Gesamteinnahmen der dem Ortsausschuss angeschlossenen Organisationen stiegen im Jahre 1928 gegen das Jahr 1927 um 5 486 989 M. oder um 27,31 Proz. auf

25 576 915 M.

Ausgegeben wurden im Berichtsjahre 21 325 791 M., also 4 251 360 M. oder 24,75 Proz. mehr als im Jahre 1927. Der Lokalfassenbestand der Berliner Gewerkschaften erhöhte sich im Vorjahre um 1 255 628 M. oder 41,92 Proz., so dass die Berliner Gewerkschaften Ende 1928 ein Lokalfassenvermögen von 4 251 124 M. hatten.

Die von den Kommunisten immer wieder aufgestellte Behauptung, die Gewerkschaften seien in der Frage der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft untätig, wird am treffendsten widerlegt durch die in dem Jahresbericht des Ortsausschusses gemachten Angaben über die Lohnbewegungen und Streiks im Vorjahre. Danach wurden im Jahre 1928 in Berlin insgesamt 899 Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung geführt, an denen 758 052 Personen beteiligt waren, wovon 296 747 unorganisiert waren. Von den 899 Lohnbewegungen führten 163 zu dem Streik und ließen zu Aussperrungen. Das mehr als

vier Fünftel aller Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung beendet wurden, ist größtenteils auf die Stärke der Organisation zurückzuführen. Interessant sind auch die Angaben darüber, wie diese Bewegungen beendet wurden. Von 867 Lohnbewegungen, über deren Abschluss dem Ortsausschuss berichtet worden ist, wurden 28 vor Tarifschiedsgerichten, 260 vor den amtlichen Schlichtungsinstanzen und 579 durch freie Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien beendet. Von 68 für verbindlich erklärten Schiedsprüchen wurden 25 auf Antrag der Unternehmer und 43 auf Antrag der Arbeiter verbindlich erklärt.

Von sämtlichen Lohnbewegungen waren nur 16 mit 2852 Beteiligten infolge mangelhafter Organisationsverhältnisse erfolglos. Ueber den finanziellen Erfolg der Lohnbewegungen insgesamt lässt sich nichts Zusammenfassendes sagen, da die einzelnen Gewerkschaften ganz verschieden darüber berichtet haben. So haben einzelne Gewerkschaften die Lohnerhöhung pro Woche und Mitglied, andere wieder die insgesamt pro Woche erzielte Lohnzulage für alle Beteiligten, wieder andere den Betrag pro Jahr usw. angegeben, so dass sich ein Durchschnitt schwer feststellen lässt.

Die Ausgaben für Lohnbewegungen betragen über 1,5 Millionen Mark,

weit mehr als das Doppelte der für den gleichen Zweck im Jahre 1927 verausgabten Gelder. Das das Gros der Berliner Arbeiter den Achtstundentag praktisch durchführt, beweist eine dem Jahresbericht beigelegte Statistik, wonach 678 928 Arbeiter und Arbeiterinnen 48 Stunden und weniger pro Woche arbeiteten, 31 664 bis 52 Stunden und 3280 über 54 Stunden.

Der 160 Seiten umfassende Jahresbericht vermittelt weiter einen Einblick in die vielseitigen, von einem erheblichen Teil der Gewerkschaftsmitglieder wenig beachteten Aufgaben des Ortsausschusses, wie es zum Beispiel seine Arbeit bzw. Mitarbeit in den gesetzgebenden und sozialpolitischen Verwaltungskörpern der Wohnungswirtschaft, dem Bildungs- und Erziehungswesen, der Gewinnung und Betreuung der Jugendlichen usw. ist. Die Lektüre des Jahresberichtes kann nur jedem Gewerkschafter, besonders aber denen empfohlen werden, die die Schwierigkeiten und Hindernisse nicht sehen wollen, die sich den Gewerkschaften in ihrem Kampfe um die Befreiung der Arbeiterschaft von den kapitalistischen Fesseln entgegenstellen und die ihre Gewerkschaftspolitik rein gefühlsmäßig treiben, oder sie auf die Parolen der gewerkschaftsfeindlichen KPD. abstellen. D. Sch.

Der Jahresbericht des Berliner Ortsausschusses wurde von seinem Vorsitzenden Genossen Bredow in der Plenarversammlung am Dienstag noch in einigen Punkten ergänzt und den Delegierten zur Kritik unterbreitet. Die Delegierten bekräftigten damit, dass sie auf jede Debatte über den Bericht verzichteten, dass sie die im Vorjahre vom Ortsausschuss und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften geleistete Arbeit voll und ganz anerkannten. Lediglich ein Delegierter der unter kommunistischer Leitung stehenden Berliner Zahlstelle des Schuhmacherverbandes, dem Genosse Bredow vorgehalten hatte, in der vorigen Plenarversammlung über die Forderung der Arbeit in der Schuhfabrik von Leiser wissentlich die Unwahrheit gesagt zu haben, versuchte, diesen Vorwurf als unberichtigt zurückzuweisen. Sein hilfloses Gestammel vermochte jedoch keinen der Delegierten von seiner Unschuld zu überzeugen. Der Vorwurf blieb eben schwarz.

Auf Anregung des Genossen Drimann vom Verkehrsband fasste die Plenarversammlung einen einstimmigen Beschluss, in dem den Beiratsungen auf Verschlagung der Facharbeitsnachweise entgegengesetzt und gefordert wird, dass die Facharbeitsnachweise in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben. Von den Vertretern des Verbandes der AOB. im Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsanstalt wird erwartet, dass sie in diesem Sinne wirken.

Die Wiederwahl der beurlaubten Mitglieder des Vorstandes sowie die Wahl der Vertreter der Industriegruppen im Vorstand erfolgte einstimmig, mit Ausnahme der Vertreter der Industriegruppen Lebens- und Gemischtenindustrie und der Lederindustrie, wo sich die Industriegruppen auf keinen gemeinsamen Vorschlag geeinigt hatten. Nach längerer Aussprache wurde für die erste Gruppe Genosse Hodypp (Schumann als Vertreter) und für die zweite Gruppe Genosse Oken (Hoffmann) gewählt.

Tarifabschluss im Glasergewerbe. Erhöhung der Stundenlöhne um 9 Pfg.

Die Berliner Glaser hatten, wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde, vor kurzem einen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt, wonach die Stundenlöhne ab 1. Juni bis 31. Mai 1930 von 1,55 M. auf 1,62 M. erhöht, der Manteltarif jedoch unverändert bis zum 31. Mai 1931 verlängert werden sollte. Es war ferner in einer späteren Versammlung beschlossen worden, zunächst einige Wochen tariflos zu arbeiten und die Bewegung wieder aufzunehmen, wenn die Arbeitsmarktlage günstiger ist.

Die Unternehmer hatten aber den Schlichter angerufen, um die Verbindlichkeitsklärung des unzulänglichen Schiedspruches zu erwirken. Die Parteien einigten sich schließlich in den Verhandlungen vor dem Schlichter dahin, einen vom Schlichter gefällten Schiedspruch als bindend anzuerkennen. Durch den endgültigen Spruch des Schlichters wurde der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses dahin abgeändert, dass ab 1. Juli eine Lohnzulage von 5 Pfg. pro Stunde und ab 1. Oktober bis zum 30. Juni 1930 weitere 4 Pfg., insgesamt also 9 Pfg., gewährt werden. Der Manteltarif soll erst am 30. Juni 1931 und nicht am 31. Mai 1931 ablaufen. Mit dieser Entscheidung ist der Tarifkonflikt im Berliner Glasergewerbe beigelegt.

„Damenforderungen“

Wie uns die Vorsitzende der deutschen Delegation im Weltbund für Frauenstimmrecht mitteilt, hat dieser Bund mit den von uns im Dienstagmorgenblatt gekennzeichneten Forderungen des sogenannten „Open door council“ auf Beteiligung der Arbeiterinnen jegliche nichts zu tun. Der Frauenweltbund wendet sich vielmehr gegen die Auffassungen des Open door council und tritt für den Arbeiterinnenschutz ein. Er befindet sich somit in Uebereinstimmung mit den Vertreterinnen von Frankreich, Italien, Desterreich, den Vereinigten Staaten und anderen mehr.

Um die Arbeitslosenversicherung. Erklärung der christlichen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften fasste folgende Entschliessung:

„Bei dem gegenwärtigen Kampf um die Reform der Arbeitslosenversicherung treten in stärkerer Maße Bestrebungen zutage, die auf eine Gefährdung der Grundlage der Arbeitslosenversicherung und auf eine ungerechte Benachteiligung der unverschuldet von Arbeitslosigkeit und Not Betroffenen hinauslaufen. Insbesondere gehen auch in letzter Zeit im Reichstag gefasste Anträge über das Ziel einer Befreiung von Risiken in der Arbeitslosenversicherung weit hinaus und bedeuten eine untragbare und unmögliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen.“

Die christlichen Gewerkschaften sind bereit, alle Bestrebungen auf Befreiung von tatsächlichen Risiken zu unterstützen, sie wenden sich aber nachdrücklich und entschieden gegen Anträge auf Verschlechterung der Versicherungsleistungen, deren Verwirklichung die Not der breiten Volksschichten noch erheblich steigern würde.“

Die Stellungnahme der freien Gewerkschaften unterscheidet sich von der in dieser Entschliessung zum Ausdruck kommenden Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften durch ihre Konsequenz. Die freien Gewerkschaften sind natürlich ebenfalls bereit, etwaige Risiken zu befreien und wenden sich gegen jede Verschlechterung der Versicherung, allein sie sind bereit, auch die notwendigen Opfer zur Erhaltung der Versicherungsleistungen durch eine entsprechende Beitragserhöhung mitzübernehmen.

Internationale Unfallverhütung.

Wichtige Beschlüsse der Arbeitstreffen.

Die Arbeitstreffen besaßen sich am Dienstagmorgen mit dem Ergebnis der Beratungen der Unfallverhütungskommission. Die Kommission legte eine Empfehlung über die Einführung unfallverhütender Maßnahmen in allen Ländern vor, ferner ein Abkommen, das die Staaten verpflichtet, Kollis mit einer deutlichen Gewichtsangabe zu versehen, und eine weitere Empfehlung über besondere Schutzmaßnahmen bei Motoren.

Im Plenum der Arbeitstreffen nahm die Arbeitergruppe verschiedene Verbesserungsanträge, die in der Kommission abgelehnt worden waren, wieder auf. Es gelang ihr, die Einbeziehung der Landwirtschaft mit 60 gegen 58 Stimmen durchzusetzen. Diese Einbeziehung war zuerst von dem Deutschen Landarbeiterverband in Amsterdam gefordert und dann von der Arbeitnehmergruppe der Arbeitstreffen aufgenommen worden.

Ein Arbeitgeberantrag, die Schifffahrt auszuschließen, wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Versuch des Regierungsvertreters der Schweiz, der einen Teilenden Posten in privaten Unfallversicherungsgesellschaften befreit, die Heranziehung von Arbeitern zur Unfallverhütungsaussicht, die empfohlen wird, zu streichen.

Östler, Kapteiner und Grottel. Saal, Donnerstag, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Gesamtversammlung, Bericht vom Verbandstag.

Freie Gewerkschaften Jugend Groß-Berlin

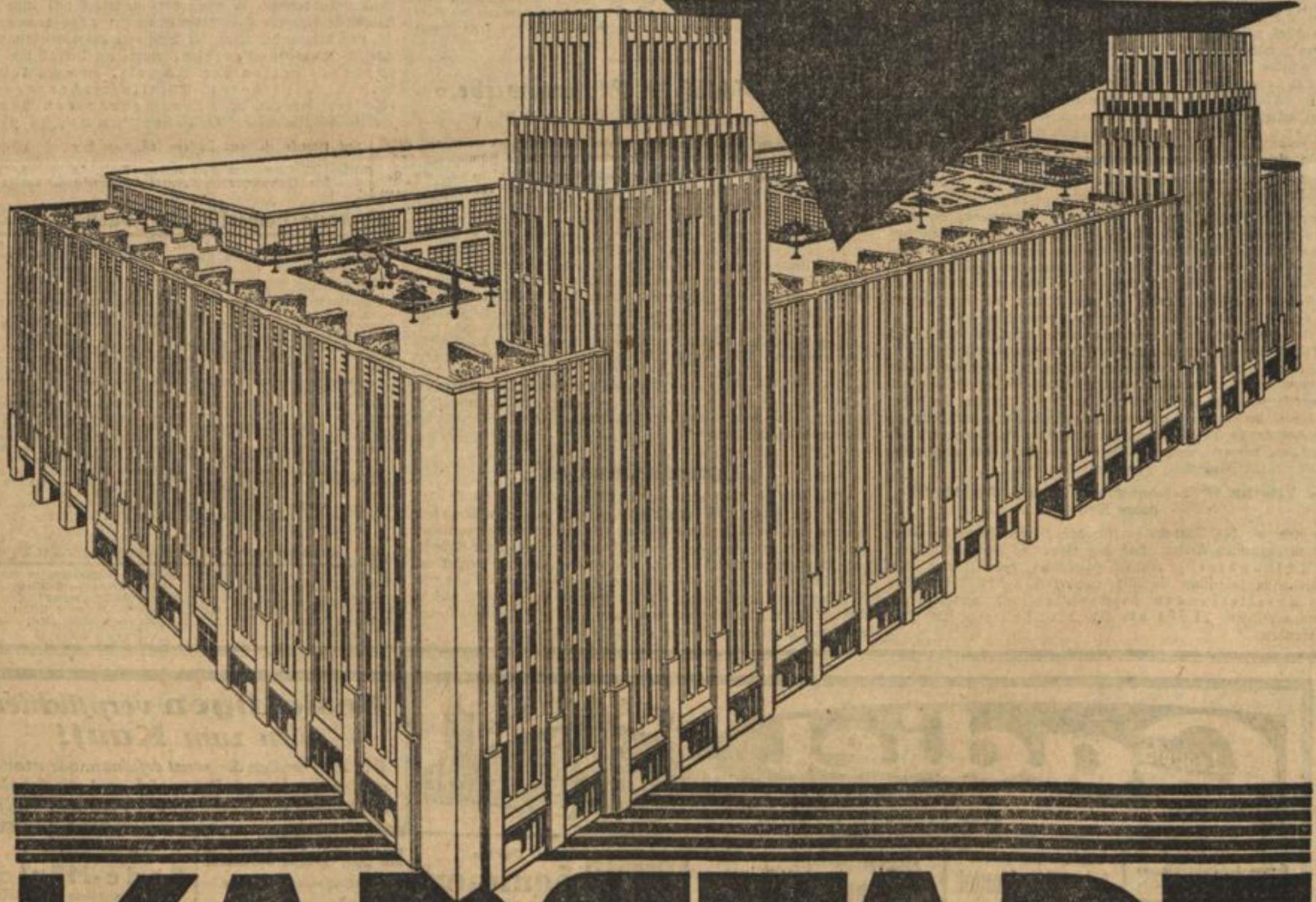
- Sonnenwanderer der Freien Gewerkschaftsjugend am Sonnabend, 22. Juni, 21 Uhr, im Freilicht-Theater des Volksparks Jungfernheide. Mitwirkende: Alfred Reiter, „Der junge Chor“, Dirigent Heinz Thielke, Chor- und Bewegungsführer der FGG, Berlin (Sprechchorwerk „Edlung“ von Bruno Schönlank), Schüler der Volkshochschule für Musik, Unfallschutzbeitrag 20 Pf., Fortverbindungen: Ringbahn bis Bahnhof Jungfernheide, Großbahnlinien 2, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaeffekten

- Saal, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Oken: Jugendheim Blauer Str. 18, Pankow, Abend. - Treptow: Jugendheim Blauerstr. 13 (Angenehm von der Grachtstraße in Treptow). Fortführung des Fortnachts „Das Seelenleben des Jugendlichen“. Referent Arthur Rodow. - Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 15, Hofgebäude (Thüringenzimmer). Sing- und Spielabend.

Leopold Cadriel advertisement for clothing. Includes sections for Jacken (8.50, 15.-), Pullover (15.-), Jugendlicher Mantel (39.-), Bildschönes Komplet (45.-), Duffige Sommerkleider (15.-, 19.-, 22.-), Ein sehr großes Sortiment hochsommerkleider (35.-), Für die Badezeit: Bade-Mäntel (12.-), Trikot-Bade-Anzüge (3.75), Sonnen-Anzüge (35.-).

Hier trifft sich
morgen ganz
BERLIN!



KARSTADT AG
HERMANNPLATZ

Walter Anatole Perlich: Zoologie in Schubladen ...

Es gibt in Hamburg noch immer jenes eigenartige St. Pauli der Kuriositäten, das sich in den letzten hundert Jahren nur durch die elektrische Straßenbahn, den Altbau und die erleuchteten Straßenschilder verändert hat, sonst nicht oder wenig. Und von einer dieser Seltsamkeiten, die sich jeder kostenlos heute und morgen und sicher auch in nochmals fünfzig Jahren ansehen kann, gehört ein Hinterhof in der Cäternföhrer Straße 85.

Draußen sieht man ein einfaches, nicht durch Licht verführtes Schild mit der nüchternen Mitteilung

Johannes Umlauff
Naturalienhandlung und Lehrmittel.

Tritt man darunter in den Hintergrund, dann thront sogleich an der Wand ein großer Büffelkopf, dann hängt da irgendein Treuengewebe — und hinten steht ein schmales, dreistöckiges Haus mit einem verstaubten „Kontor“ im Erdgeschoß, und dieses Kontor wird regiert von einem rotgefärbten Faktotum, das mindestens schon dreißig Jahre dort sein seltsames, phantastisches Dasein führt — und es, das Faktotum — geleitet den Besucher die knarrenden Stiegen hinauf, schließt an einem rostigen Schloß. Man steht in einem Museum ...

Da sind große Glasgehäuse, Hirsche und Zebras, Schakale und Wölfe, Leoparden und Affen starren mit ihren gläsernen Augen reglos, wie festgehalten auf Photos, umher — das Stockwerk der Säugtiere. Und dann findet man fertig präparierte Strauße und Kondore, Pinguine und Wildenten, Spechte und Adler, Eulen und Fasanen — alles was die heimische und fremdländische Fauna bietet, ist hier zu finden. Was nicht fertig steht, was „kein gangbarer Artikel“ ist, oder wozu man zuviel hat, liegt in den unzähligen Kästen und Schubladen, ausgebalgt und armfellig und des Lebens entkleidet, mit offenem, kleinem Leib. Dahinein kommt bei der einkaufenden Bestellung der künstliche Körper, und dann hat ein Museum, oder eine Schule, oder ein Jäger ein Schaustück mehr.

Aber nicht allein die Körper — auch die Skelette sind da, und zwar die seltsamsten. Sie stehen auch unter Glas, angefangen bei den Mäusen und den Hühnern, bis zu den Wirbeltieren. Weißgels und ein wenig süßlich stinkend — von den Präparationen — sind sie wieder zusammengestellt. Mag es eine Giraffe oder ein Onu, mag es ein Luchs oder eine Eidechse sein. Knöchelchen um Knöchelchen, Knochen um Knochen wird aufgezugon auf seinen Drähten, das fertige Gebilde stützt man mit Holzern und die größeren Skelette bekommen doppelten Halt durch an der Decke befestigte Säuhne. Wiederrum in unzähligen Schränken und Schubladen findet man einzelne Knochen und Säuhne, die des Gerüst eines ganzen Tieres, fertig, gesäubert und präpariert, für den späteren Aufbau enthalten. Die ganze Natur ist katalogisiert und systematisiert und Handelsobjekt, um Gebrauchsobjekt für die Wissenschaft zu werden.

Noch eine Treppe höher finden sich Schlangen und Spirituskörperchen aller Art, einzelne Tierarten in so und sozial Ausstellungen, teils ganz, teils durchschnitten zum Studium des Aufbaus — es gibt nichts, was es hier nicht gibt! Ameisliche Körper sind in Spiritus gelebt und harren des wissenschaftlichen Betrachters, der unter Umständen eine dicke Dissertation über Fehlgelburten der Tieren verfassen will — selbst präparierte Schmetterlinge, Muscheln, Seeesterne, Seeperldchen, selbst Fische, die trocken und lederartig in den Kästen der Aufhaltung warten, sind da. Man findet einen Elefantenzahn im Gewicht von zwölf Pfund, einen Bärenzahn, man sieht einen Säuhel, dessen mörderisches Instrument allein nahezu zwei Meter misst — aber es sind noch mindestens zwanzig einzelne Säuhne dieser Blecher da, gebildet aus einer Hornart, die ebenso hart wie Stahl ist.

So sieht das aus. Es sind sogar Seetiere vorhanden, die in zweitausend Meter Tiefe in japanischen Gewässern gefunden wurden. Würden — denn die großen Seebeben haben das alles vernichtet, und nun ist es noch in einer Seitenstraße St. Paulis vorhanden und Museen können es haben.

Weiter — im letzten Stockwerk, einem Bodenraum, findet

man drei Räume als Werkstätten. Hier sitzen ein paar Arbeiter und ziehen Muskel um Muskel die Fleischstehen von Tieren ab, um das Skelett zu schonen, aber auch, um die Lagerung der Fasern und den anatomischen Aufbau der Tiere immer wieder zu studieren. Die wissenschaftlichen Institute verlangen heute nicht nur ein ausgestopftes Tier, sondern ein Schaustück, das der Natur getreu nachgebildet ist. Deshalb schafft man vor jeder Präparation einen Gipsabguß — dort hinein wird eine Pappmache ähnliche Masse gepreßt und dieses fertige, grauweiße Tier erhält dann erst den Balg. Das Faktotum erklärt, man verlange heute vom Facharbeiter mehr, als nur ordnungsmäßige Behandlung des Materials — die Anforderungen der Museen machen es jedem dieser Arbeiter zur Bedingung, ein gutes Auge für jede Kleinigkeit des Tierkörpers zu haben, damit eben die Natürlichkeit einer Stellung, eines Balgs, einer Färbung zum Ausdruck komme. Gewiß, es gäbe in Süddeutschland noch ein paar Präparationsanstalten, doch seien die nur für kleinere Arbeiten von Belang. Und Umlauff's Bruder, der zweite Sproß dieser alten St. Paulianischen Familie, betreibe auch noch das gleiche Geschäft, aber er arbeite nur völkertunlich und halte nebenher sein völkertunliches Privatmuseum am Spielbudenplatz offen, — diese Trennung sei zur Vermeidung von Streitfällen einmals in Güte erfolgt.

Hier oben sind Waschräume, ist ein sauberlich-alkemistischer Ofen, auf dem Gips und die erforderlichen Massen bereitet und die Skelette angegost werden, nebennan sind Waschräume und dann ein Zimmer, wo man bereits mit den nötigen Säuhnen arbeitet. Das alles gar nicht riesig und imposant, und doch auf eine stark riechende, seltsame Art mittelalterlich ...

Wie der Betrieb läuft? Wir gehen wieder ins Kontor.

Der Alte zeigt mir ein paar Briefe von Farmern aus Australien, Brasilien, Kanada, Sumatra, Japan, Indien — dann kommen Kapitäne, die „Brüben“ ihre Leute haben, sich hier vor den Keilen Aufträge holen, in Uebersee die Bestellungen weitergeben. Es dauert ein paar Monate, bis ausgefallene Wünsche befristet werden — aber Umlauff weiß jedes Tier zu holen. Es gibt Leute, die für ihn nur Schmetterlinge sammeln, andere, die sich auf Affen spezialisiert haben. Seine Abnehmer wieder sind Zoologische Gärten, Universitäten, Schulen, Museen der ganzen Welt, auch Privatfamilien, doch die sterben allmählich aus.

Obgleich fast alle modernen Museen eigene Präparationsanstalten haben, kommen sie in die Verlegenheit, für sie unerreichbare Gegenstände hier zu bestellen. Man denke an die japanische Seetiere. Und da die Schulen ihren Bedarf fertig auf Lager vorfinden, so senden sie nur einen Bestellzettel: 1 Adler, 1 Hühnerskelett, 1 Eichhörnchen, und einen Tag später steht das Tier auf dem Lehrpult.

Während der letzten Jahre, meint das Faktotum besorgt, sehe man trübe in die Welt. Der Wissenschaft fehle das Geld, die Mode, Tiere für Privatwohnungen ausstopfen zu lassen, sei durch die „neue Sachlichkeit“ im Absterben, man hole ständig ein ungeheures Lager mit Hunderttausenden von Mark investierten Kapitalis und der Umkehr bleibe weit hinter dem der Vorkriegszeit zurück. Allerdings werde die Sammeltätigkeit auf der Welt eher größer als kleiner und jedes Jahr sterbe eine andere Tierart aus. Diese zwei Punkte verbürgen nach seiner Meinung, den Weiterbestand der kuriosen Naturalien- und Lehrmittelhandlung in einem verborgenen Hinterhof St. Paulis.

Er geleitet mich freundlich zur Tür, macht eine Verbeugung und entläßt mich über den engen Hof. Mir schwirrt es im Kopf, taufend süßliche, etwas übelmachende Gerüche haften noch an mir. Der alte Herr ist jetzt wieder allein in diesem seltsamen Haus. Ob er wohl noch und nach alle Schubladen aufreißt, um die Bälge einzumals flatternder Vögel, einzumals Wasser atmender Fische zu streicheln? Ich stelle mir vor, daß er in den vielen Stunden, da nichts zu tun ist, mit Seeesternen und dem zwölf Pfund schweren Elefantenzahn kraule, kindliche Baulen errichtet, in der Mitte einen Turm aus dem Wirbelsknochen eines Drong-Ulans.

Zwei Wellen treffen sich

Auf den Türmen Berlins hoch ein grauer Sonntagmorgen. In dieser Stunde — die Glocken schlagen mit frohlichem Gebimmel eine nach der andern drei — in dieser Stunde, da alle andern Wolke schliefen, da in den Gaststätten die Lichter erlöschen und späte Bummeler höflich vor die Tür geleitet werden, öffnet ein kleines Kaffee im Westen der Stadt bereits seine Türen, laugt alles Nachwoll auf, das vor dem Schlaf Kellhaus nimmt. Drinnen wimmert eine Gelbe, faucht eine Ziehharmonika, hüpf eine Gitarre. Kellner gleiten mit fliegenden weißen Tischen wie Segelboote durch ein Meer von Labatsquats, Dunst und Stimmengewirr von Tisch zu Tisch, bringen im längst überfüllten, winzigen Raum immer neue Gäste unter, schlachten hier und da einen Wortwechsel, legen allzu laute Krakeeler vor die Tür, behalten im dumpf berausenden Durcheinander mühsam ihre Gedanken beisammen.

Au den Tischen, vor dampfenden Kaffeetassen, riesigen Bortionen Hering oder Kartoffelsalat finden sich friedlich zwei bezogene Wellen zusammen. Friedlich sitzen gute Bürger, wohlstuarier, gut gekleidete Menschen neben allerlei unbestimmbar nachlässigen Geflügeln, deren grauam zerstörte Gesichter das lahle Zwielicht undarnherzig blinzeln um Linke, Furchen um Furchen enthält. Neugierige, wohlbehütete Bürgerfrauen, die hier „das Nachleben Berlins“ studieren möchten, schälen entsäuhten Bilde von Tisch zu Tisch, lassen schlaggewohnte, übernächtige Augen aufdringlich zu den gemalten Lippen ihrer Schwestern, der kleinen Dirnen einer großen Stadt, hinübererschweifen, a's mühten sich diese Lippen endlich öffnen, zu sprechen anfangen, jene lasterhaften Gebelnuisse enthüllen, die in der romanischen Phantastie einer „anständigen Frau“ eine wichtige Rolle spielen. Die Lippen aber öffnen sich nur zu einem Wächeln, einem einstudierten trostlosen Wächeln, das die verschminktten Gesichter zu schmerzlichen Masken verzerrt.

Stunden dehnen sich wie die langgezogenen seufzenden Klänge der Ziehharmonika durch den Raum. Die Bohlanständigkeit gibt sich den Anstrich des Kastors, das „Kaster“ achtet auf bürgerliche Ruhe und anständige Manieren. Die Kellner, das Spiel durchschauend, machen von ihrem Recht. Sofort nach Empfang der Ware zu kaffieren, just an den stillsten Tischen Gedraut. Die Wärmer haben Geld und werden zöhlen. Ein ausgemergelter Mensch bestellt in

fremdem, südlichem Akzent eine Portion Kartoffelsalat. „Über rasch, ich verreise!“ Rein, er wird nicht verreisen, er bleibt nach dem Essen noch stundenlang sitzen. Er hat einfach Hunger, rasenden Hunger, kann es nicht erwarten, fängt sich wie ein Tier mit heuem Seitenblick auf die Speise, leert den großen Teller in Sekunden.

Als und zu brüllt gröhndes Lachen auf und zerbricht mühsam das einformige Murren trauriger Stimmen. Traurig sind all die Menschen, die hier beisammen sitzen, traurig grühen sie den Tag, der durch die Tür dämmert, traurig, dumpf und voller Ekel starren sie aneinander vorbei ins Leere. Hoden beisammen und fühlen sich unendlich einsam, unendlich müde, unendlich überflüssig. Den guten Bürgern, die Neugierde hierher trieb, teilt sich diese heimtückische Stimmung mit, die eigene geschickte Position vergessend, ahnen sie etwas von der ruhelosen Lebensangst gejogter Menschen, denen nichts gehört, als der Hunger, denen Kaster, Alkohol und Glend Gefährten sind.

Kleine Mädchen, jung noch und müde wie Kinder, verschwinden mit zweifelhafteu Kavallerie durch die Tür, schwanken gleichgültig, unüberwindlichen Leberdruck im Blick, der morgendlichen Strafe entgegen. Jemandem, vier Treppen hoch, in der Manfarde einer Mietskafarne, gehört ihnen vielleicht ein Bett, gehören ihnen ein paar Photographien an den Wänden, eine bedruckte Decke auf dem zerhabten Tisch. Zwei Männer beginnen sich in der Trunkenheit zu janken, vergessen im Augenblick die eigenen Worte und starren mit verglasten weit offenen Augen auf die weiße Hand des Geigers, der noch immer die Musik aus den Seiten streicht. Die Gäste sitzen jetzt schweigend beisammen, als warteten sie auf etwas. Auf irgend etwas, auf den Tag oder das Glück oder die Ruhe. Und der Tag, der Tag ist nun wirklich heraufgedämmert.

Draußen hallen feste Tritte übers Pflaster. Ein paar junge Burtschen und Wädel, Rucksäcke auf dem Buckel, derbe Wanderstiefel an den Füßen, marschieren zum Bahnhof. Summen leise, mit frischen Stimmen, eine Melodie: „Mit uns zieht die neue Zeit, mit uns zieht die neue Zeit.“ Dann sind sie vorüber. — Im Kaffee wird es von Stunde zu Stunde stiller, die Stühle leeren sich, die Kellner entfernen Speisereise und Bierlachen. Ein Betrunkener fällt polternd unter den Tisch, zwei junge Weisen in Männerkleidern mit Wädelgeschickern und seidenweichen langen Haaren sind auf ihren Stühlen vornüber gesunken und schlafen.

Alfred Polgar: Die stehengebliebene Uhr

Am Jahre 1917 ist die Uhr stehen geblieben. An einem Freitag, genau um 2 Uhr 36 Minuten. Ich erinnere mich noch ganz gut, wie es mir, als gewohnheitsmäßigem An-ih-er-Berbeiger, eines Abends ausfiel, daß um sieben Uhr erst zwei Uhr sechshunddreißig war. Doch machte das Phänomen in einer Zeit, in der diese ohnehin aus den Fugen, keinen besonderen Eindruck. Also seither stehen die Zeiger, immer ist es sechs Minuten nach halb drei, gewohnheitsmäßige Vorbeigeher blicken gar nicht mehr hin auf die Uhr, die in diesen Tagen das Fest ihres zwölfjährigen Stillstandes feiern kann. Es ist eine sehr große Uhr, etwa einen Meter im Durchmesser, zylindrisch geformt, und rechtwinklig, in Höhe des ersten Stockwerks, an die Mauer festgeschraubt. Sie gehört dem Uhrmacher, der knapp unter ihr sein Schaufenster hat. Nie legt hinter der Glaswand das Schwärzen und Zirpen und Wispern aus, die eilende Geschäftigkeit, mit der das Uhrenkleinod die Sekunden auspüßt und verschluckt, indes oben die Größe, die Uhr-Ruh laut und bewegungslos, seit zwölf Jahren zwei Uhr sechshunddreißig wiederläut. Ihr Besitzer wird schon wissen, warum er sie nicht schlachtet, obgleich sie keinen Tropfen Zeit mehr gibt.

Ist schon eine Uhr, die geht, ein mit Symbolwerten behaftetes und von gemüthschweren Affogationen umdrängtes Ding, wieviel mehr ist das erst eine Uhr, die die Zeit abkaufen läßt, ohne von ihr Kost zu nehmen oder zu geben. In der organischen Welt heißt ein Mechanismus, der von sich keinen Gebrauch macht: tot. Ein Zustand von so furchtbarer Sinnlosigkeit, daß ihn die Natur, durch ihre Praktiken der Verwesung möglichst rasch zu ändern trachtet.

Von jener höchst schauderhaften Absurdität weicht ein Schatten auch um die vor zwölf Jahren stehengebliebene Uhr. Etwas Kaltes, Fatales gibt sie dem Hause, an dem sie festgenagelt, der ganzen Straße, deren Umwahrzeichen sie ist und dessen Bewohner ihr hartnäckiges Sechs-Minuten-nach halb drei nervös und übel-launig macht. Gleich einem Symbol kranker Zeit hängt sie da: Chronos hat den Appetit verloren und frißt nicht. Ihr Zifferblatt ist ein gepenstlicher Spiegel, aus dem immer das gleiche herausblickt, was immer auch in ihn hineinblicken mag. Unbegehren schafft sie wie jeder Beichnam, der sich obstinat im Leben behauptet.

Aber das sind nur so Spinnwebfäden der Meditation, mit denen sich, bei einiger Schreibpraxis, jedes Ding, das ist oder nicht ist, leicht überziehen läßt. Das Besondere, den Geist zum Grübeln verlockende solcher beharrlich nicht gebenden Uhr, ihre geheimnisvolle, tiefere Pointe steckt wo anders: nämlich darin, daß sie einmal im Tag und einmal in der Nacht, in einem einzigen bestimmten Moment, obgleich sie seit zwölf Jahren keine Zeit mehr angibt, doch die Zeit angibt. Bei der Uhr, von der hier erzählt wird, geschieht das eben präzise sechs Minuten nach halb drei. In diesem Moment, alle zwölf Stunden einmat, erfüllt die Tote ihre Lebensaufgabe, indem sie ganz genau mittelt, wie spät es ist. Sechs Minuten nach halb drei gehört sie dem Willen ihres Schöpfers, wird wahr, deckt sich reiflos mit der Idee, als deren Ausdruck sie in die Welt der Erscheinungen trat, fügt sich harmonisch ins Gefüge der Mittel und Zwecke, ist, was sie sein soll, vom Sinn des Daseins aureolisch umleuchtet.

Die Uhanwendung ergibt sich mühelos: Alle Uhren zeigen richtig, man muß nur im richtigen Augenblick auf sie sehen. Alle Menschen sind gut, man muß nur die Chance haben, sie bei ihrer Güte zu ertappen. Für alles Schiefe kommt die Drehungsphase der kreisenden Welt, wo es das Gerade wird. Und du bist noch so mißtrauisch gegen die Liebe, in gewissen Augenblicken, alle heiligen Zeiten einmal, dorst, mußt du an sie glauben.

Ich fragte den Uhrmacher, warum er das Monstrum nicht in Gang bringe. „Schad' um die Mühe“, sagte der Mann und begründete keinen Spruch nicht weiter. Über ein Satz, der so wunder-voll auf alles paßt, hat das auch nicht nötig.

(Mit Erlaubnis des Verlages Ernst Rowohlt Berlin, dem Buche „Ich bin Zeuge“ von Alfred Polgar entnommen.)

Anekdote aus dem neuen Rußland: Pharisiäer

Nikolai Iwanowitsch Brjulin, Vorsitzender eines Trufts, fuhr abends im Dienstaute mit seiner Frau in die Operette ...

Eine gewisse Unruhe bohrte in Brjulins tiefster Seele. Der Lichterglanz des Logenhauses, Musik, liebreizende Arme und Beine — der bevorstehende Hochgenuß all dieser angenehmen Dinge schien ihm dadurch ein wenig getrübt, daß er es als durchaus peinlich empfand, im amtlichen Dienstaute vor dem Theater vorzufahren.

„Weshalb beunruhigt du dich eigentlich?“ meinte seine Frau achselzuckend. „Du brauchst ja nicht direkt vor dem Theater vorzufahren. Hinter dem Theater ist eine kleine dunkle Seitengasse. Laß den Chauffeur dort halten. Von dort begeben wir uns in allen Ehren zu Fuß ins Theater.“

„Weiß ein Glück, eine kluge Frau zu haben!“ wollte Brjulin laut sagen; er verniff sich aber lieber diese Auserkung und trommelte ingrimmig an das Chauffeurfenster.

Das Auto hielt in der Seitengasse. Brjulins Frau schlüpfte heraus. Hinter ihr entstieg auch Brjulin, sich schein nach allen Seiten umkchauend, dem Wagen.

Verbüßt blieb er stehen.

Links, rechts, vorne und zu beiden Seiten, kreuz und quer — überall standen Autos. Der schwarze Benz des Volkswirtschaftsministers, der Mercedes der Staatsbank, die rotlackierte Fiat-Limousine der Moskauer Konsumatverwalter und der elegante Esz des Volkzugenschusses ...

Brjulin schmunzelte und folgte gehobenen Hauptes mit nutigen Schritten seiner Frau. („Tschudal“, Moskau.)

Ein seltsames bodengeschichtliches Ereignis hat sich im hinter-pommerischen Ostseebereich auf der Loba-Rehrung ereignet. Hier gibt es ein etwa 2 qkm großes Wälderdünengebiet, die sogenannte Langter-Wälderdüne. Die ihren Namen von dem Fischerort Langter hat, der vor einigen hundert Jahren von den Sandmassen der wandernden Düne begraben wurde. Die immer noch in Bewegung befindliche Düne hat nun im Weiterwandern die Ruinen von Langter wieder freigegeben, und dabei hat man hoch-interessante Funde gemacht, nach deren man das Todesjahr dieses „pommerischen Pompeji“ etwa auf das Jahr 1540 festsetzen zu können glaubt. Neben zahlreichem Gebrauchsgeschmuck, Geschloß-Scherben usw. sind auch Geldstücke gefunden worden, die von der wäldtenden Bevölkerung zurückgelassen wurden. Auch heute hat man, allen Bemühungen zum Trotz, die 50 Meter hoch vom Meerespiegel ansteigende Düne noch nicht aufzubrechen vermocht.

Was schafft das Getreidemonopol?

Ein Diskussionsbeitrag.

Die Preisstürze auf den Weltgetreidemarkten in den letzten Wochen haben die Frage eines Getreidemonopols wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Obgleich die Einführung eines Getreidemonopols eine alte Forderung der sozialdemokratischen Partei ist, wird auch innerhalb der Partei darüber gestritten, in welcher Form und zu welcher Zeit die Partei für die Einführung dieses Monopols eintreten soll. Ein Getreidemonopol soll bewirken:

1. Auskömmliche Preise für die Erzeuger;
2. einen einigermaßen stabilen Preis für die Getreideprodukte, die den Wirkungen der internationalen Getreide speculation entzogen werden;
3. Verringerung der Preispanne zwischen Erzeuger und Verbraucherpreisen, die sich seit der Vorkriegszeit beträchtlich vergrößert hat;
4. insoweit auch eine billigere Versorgung der breiten Massen mit Getreideprodukten.

Schließlich kann das Getreidemonopol ein Mittel werden zur planmäßigen Intensivierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion überhaupt.

Die Einführung eines Getreidemonopols wäre ein wichtiger Schritt vorwärts zur Stabilisierung der Produktion und zur planmäßigen Gestaltung der Wirtschaft.

Marktregelnde Tendenzen überall!

Die Tendenzen zur Organisation der landwirtschaftlichen Erzeuger zum Zwecke einer planmäßigen und geordneten Verteilung ihrer Erzeugnisse sind in der ganzen Welt vorhanden. In Kanada, dem größten getreideproduzierenden Land, hat der Farmerpool, eine Art genossenschaftlicher Organisation der Mehrzahl der kanadischen Farmer, den größten Teil der landwirtschaftlichen Erzeugung in seiner Hand und arbeitet seit Jahren im Interesse der Farmer in wirkungsvoller Weise. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind auf das gleiche Ziel gerichtete Bestrebungen sehr stark, und gerade jetzt werden vom Kongress in Washington diese Bestrebungen in eine gesetzliche Form gebracht. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß auch in den Vereinigten Staaten wie in Kanada eine starke Verkaufsorganisation den Getreidemarkt maßgebend beeinflusst. In dem dritten großen getreideexportierenden Land Argentinien liegt der Getreideexport in den Händen von wenigen Firmen, aber auch in diesem Lande sucht die Regierung, unter dem Druck der Farmer, nach Wegen, um den Getreideexport zu regulieren, gleichmäßig auf das Erntejahr zu verteilen, zu großen Verkaufsausbeuten zu verbinden, so daß bessere Preise erzielt werden können.

Diese drei großen Produzentenorganisationen hätten es in der Hand, den Weltweizenpreis entweder durch Exportdämpfung oder umgekehrt durch Valorisierungen und andere Maßnahmen zu bestimmen. Besteht nicht diesen Tendenzen gegenüber die Notwendigkeit zur Zusammenfassung der Konsumenteninteressen, d. h. der getreideimportierenden Länder durch eine starke Organisation, wie es ein vom Staat getragenes Getreidemonopol wäre? Auch in der Getreidewirtschaft ist das Gesetz des freien Spiels der Kräfte schon lange nicht mehr wirksam. Zollpolitik, Ein- und Ausfuhrförderungen und -verbote, staatliche Kreditlinien, mächtige Produzentenorganisationen schaffen wirtschaftliche Machtpositionen, denen der auf sich allein angewiesene Erzeuger, Händler und Verbraucher nichts entgegenzusetzen kann. Ein Getreidemonopol in Deutschland würde nur in der Linie der Entwicklung liegen.

Ein wesentlicher Vorteil der stabilen Preise

als Folge eines Getreidemonopols, sei es als Außenhandelsmonopol oder Vollmonopol, wäre, daß die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sich wesentlich ermäßigen könnte. Der Preis für das letzte Produkt, das Brot, ist in der Regel so gehalten, daß Preisschwankungen des Rohprodukts

Getreide ihn nicht wesentlich berühren. Er enthält eine beträchtliche Risikoprämie für die Preisschwankungen des Rohprodukts. Der Bäcker oder Brotfabrikant ermäßigt bei Preiserhöhungen seinen Brotpreis bestenfalls sehr zögernd, während Schwankungen nach oben sich fast unmittelbar in Erhöhung des Preises oder Verringerung des Gewinns ausdrücken. Wenn auch die Konsumgenossenschaftlichen Brotfabriken schon stark preisregulierend gerade auf diesem Gebiete wirken, so müssen auch sie die notwendigen Sicherungen gegen die täglichen Schwankungen im Getreide- und damit Mehlpreis berücksichtigen.

Relativ stabile Preise für Getreide werden diese einkalkulierten Risiken wesentlich verringern, und die besten und leistungsfähigsten Produktionsbetriebe werden auf Grund ihrer technischen Überlegenheit die rückständigen und Zwergbetriebe entweder zwingen, sich ebenfalls zu rationalisieren, oder durch ihre Konkurrenz ausschalten. Es ist durchaus möglich, daß bei stabilen Getreidepreisen und Verringerung der Preispanne zwischen Erzeuger und Verbraucher entweder das Brot billiger wird oder zumindestens der Erzeuger einen höheren Preis erhalten kann, ohne daß der Brotpreis eine Erhöhung erfährt.

Ruhe für Getreidebau und Landwirtschaft.

Ein Getreidemonopol wäre auch ein starkes und wirksames Mittel, die planmäßige Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion vorwärts zu treiben. Die großen, transozeanischen Getreideernten der letzten Jahre sind nicht nur eine Folge besonders günstiger Wetterverhältnisse, sondern selbstverständlich auch eine Folge der verbesserten Produktionsmethoden. Die landwirtschaftlichen Maschinen, die in weiterem Umfang die menschliche Arbeitskraft in den großen Getreidegebieten ersetzen, haben nicht nur eine Verringerung der Produktion zur Folge, sondern auch bis zu einem gewissen Grade eine starke Verringerung des Wetterrisikos durch schnelle Behandlung und Unterbringung der Ernte. Der Zeitraum von der Aussaat bis zur Einbringung der Ernte in die Getreideflur wird von Jahr zu Jahr kleiner.

Der deutsche Getreidebau wird sich gegen den Preisansturm der großen getreideexportierenden Länder auf die Dauer nicht lediglich durch Zollerhöhungen behaupten können. Es wird notwendig sein, die für den Getreidebau schlechtest rentierenden Böden allmählich anderen landwirtschaftlichen Produktionsarten zuzuführen. Die Festsetzung der Inlandspreise durch die Monopolverwaltung könnte mit Willen so erfolgen, daß die bisher schlechtest rentierenden Böden überhaupt nicht mehr rentabel sind und daß durch planmäßige staatliche Einwirkung die Landwirte veranlaßt werden, diese Böden anderen landwirtschaftlichen Betriebsarten zuzuführen.

Das, was jetzt planlos und zufällig durch Hilfsaktionen für die Landwirtschaft geschieht, könnte durch das Mittel der Monopolpreise planmäßig erfolgen, ohne daß in demselben Umfang wie bisher Fehlinvestitionen der Landwirtschaft Verluste bringen. Gerade auf diesem Gebiet zeigt sich der Vorteil der planmäßigen Wirtschaftsgestaltung gegenüber den Zufälligkeiten der freien Wirtschaft. Für große Flächen Deutschlands ist der Getreidebau immer noch die geeignetste landwirtschaftliche Produktion. Andererseits steht es fest, daß in weiten Gebieten Getreidebau betrieben wird, ohne volkswirtschaftlich gerechtfertigt zu sein. Die Intensivierung gerade dieser Böden könnte die Einfuhr von Butter, Eiern und Fleisch auch verringern helfen.

Ein Getreidemonopol darf und wird nicht die Rentabilität des Getreidebaus unter allen Umständen und auf allen Böden sichern, sondern lediglich auf den Böden, die für den Getreidebau am geeignetsten sind. Gerade ein Getreidemonopol wird die Elastizität der landwirtschaftlichen Produktion durch planmäßige Änderung der Produktionsrichtungen wesentlich fördern. Sollen allein haben immer die Tendenz, auch ungeeignete Produktionsarten aufrechtzuerhalten.

Bern Meyer.

Frauen, auf Vertiefung ihres volkswirtschaftlichen und genossenschaftlichen Wissens und auf ihre Heranziehung zur Mitarbeit hinarbeiten. Erfreulich ist, daß

die Zahl der Frauen im Ausschuss der Konsumvereine auf 91, im Genossenschaftsrat auf 582 und in der Vertreterversammlung auf 1139 stieg.

Auch die genossenschaftlichen Frauengruppen, rund 29, berichten über eine sehr lebhaft, die Genossenschaftsfrage fördernde Arbeit. Die Wünsche und Anregungen der Frauen müssen nach Möglichkeit Beachtung finden. Gerade die Konsumgenossenschaft bietet im Rahmen ihrer bedarfswirtschaftlichen Tätigkeit reichliche Gelegenheit für eine harmonische Zusammenarbeit von Frau und Mann. Obwohl Werden und Erziehen eine Arbeit auf lange Sicht ist und die Früchte bis zum Reifen ihre Zeit gebrauchen, sind doch jetzt schon an vielen Orten gute Erfolge sichtbar. Vorwärts mit allen Bestrebungen zur Schaffung des neuen, genossenschaftlich denkenden und handelnden Menschen! Dann ist der Weg zur neuen Wirtschaft frei.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt und durch Leipzig-Dresden ergänzt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die stolze Tagung geschlossen, die mit Recht eine Kampftagung war. Am Grabe des Reichspräsidenten Ebert wird der Vorstand einen Kranz niederlegen.

Deffauer Gas berichtet.

Dividende von 8 auf 9 Prozent erhöht.

Die Deutsche Continentalgasgesellschaft in Deffau, das älteste und größte rein private Gasunternehmen Deutschlands, meldet in seinem Jahresbericht eine erhebliche Ausdehnung des Geschäftes und berichtet über die bekannten Erfolge auf dem Gebiete der mitteldeutschen Ferngasversorgung. Die gesamte Gasabgabe ist gegenüber dem Vorjahr von 284,4 auf 306,2 Millionen Kubimeter gestiegen, die gesamte Elektrizitätsabgabe von 316,1 auf 554 Millionen Kilowattstunden. Obwohl es sich hier um die größte private Gesellschaft handelt und auch die Elektrizitätsabgabe für ein Privatwerk ziemlich erheblich ist, hat doch allein die Stadt Berlin in ihren eigenen Werken eine um 50 Proz. größere Gasabgabe und eine um 250 Proz. größere Kraftabgabe als dieses rein private Werk.

Auf dem Gebiete der Gasfernversorgung hat die Conti in der Hauptsache dadurch profitiert, daß sie den besonders in der Provinz Sachsen von den Gemeinden energisch verteidigten Gedanken der gebiethlichen Gruppenfernversorgung gegen die Bestrebungen der Ruhrgas A.-G. in Essen förderte. Auf der Grundlage der eigenen für die Ferngaszwecke erworbenen Gewerkschaft Befugnisse im östlichen Ruhrgebiet konnte die Deffauer Gasgesellschaft in diesem Jahre gemeinsam mit der Stadt Magdeburg die „Großgaserei Mitteldeutschland A.-G.“ und die dieser angeschlossene „Gasversorgung Magdeburg-Anhalt A.-G.“ zu Fernversorgungszielen gründen, und gemeinsam mit der Stadt Magdeburg und der Bergwerks-Gesellschaft Siesches Erben wurde die Gründung der „Mitteldeutschen Kraftwerk Magdeburg A.-G.“ hinzugefügt. Natürlich haben diese Gründungen die Entwicklungsmöglichkeiten der Deffauer Gasgesellschaft erheblich erweitert, so daß der Optimismus des Geschäftsberichts berechtigt ist.

Die Gesellschaft hat auch finanziell gut abgefahren. Die Gewinne aus eigenen Betrieben und Beteiligungen sind gegenüber dem Vorjahr von 9,43 auf 19,59 Millionen Mark gestiegen und aus dem Reingewinn von 7,38 Millionen Mark eine gegen das Vorjahr von 8 auf 9 Proz. erhöhte Dividende verteilt.

Die tote Kreditrestriktion.

Keine Kreditverkeuerung mehr.

Der Ausweis der Reichsbank zum 15. Juni läßt auf sämtlichen Konten eine absolut normale Entwicklung, sogar eine relativ schwache Inanspruchnahme zur Monatsmitte erkennen. Die Wechselbestände sanken um 203,2 auf 2555,5 Millionen, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 20,9 auf 76,9 Millionen, während die Lombarddarlehen — wie immer zur Monatsmitte — um 12,4 Millionen leicht auf 125,8 Millionen anwachsen. Die Gelder auf Girokonten verringerten sich um 29,5 auf 602,6 Millionen Mark. Dementsprechend nahm der Umlauf an Reichsbanknoten um 180,7 auf 4191,8 Millionen ab, so daß sich, bei unveränderten Goldbeständen, aber um 10 auf 318,5 Millionen erhöhten Deckungsdevisen, die Golddeckung gegen die Vormonats von 40,4 auf 42,1 Proz., die Deckung durch Gold und Devisen zusammen von 47,4 auf 49,7 Proz. verbessern konnte.

Entscheidend für die günstige Beurteilung dieser absolut normalen Entwicklung ist die Tatsache, daß offenbar keinerlei Kreditrestriktionen von der Reichsbank mehr auferlegt worden sind. Daraus ergibt sich der Schluß, daß die Reichsbank keine neue Diskontenerhöhung mehr vornehmen wird. Daraus ist heute wieder die zwingende Forderung abzuleiten, daß die privaten Banken die von ihnen zum 1. Juni durchgeführte Kreditverkeuerung jetzt sofort rückgängig zu machen haben.

Weitere Besserung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt hatte in der zweiten Juniwoche eine weitere leichte Entspannung erfahren. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung dürfte nach den Berechnungen der Landesarbeitsämter bei 750 000 liegen.

Weiterhin gute Entwicklung der Deutschen Reichsbahn. Der starke Verkehrsanstieg der Deutschen Reichsbahn im April hat sich auch im Monat Mai fortgesetzt. Dies ist um so bemerkenswerter, weil die Düngeleittransporte zur Frühjahrseinstellung und die Transporte landwirtschaftlicher Produkte nach der großen Kälte fast ganz aufgehört haben. Die arbeitsfähige Wagenstellung der Reichsbahn betrug im Monat Mai 160 071 Wagen und übertrifft damit die Verkehrsleistungen von April noch um 1,9 Proz. Gegenüber dem Mai 1928, also einem noch guten Konjunkturmonat, ist der Verkehrsanstieg im Mai 1929 um rund 7,4 Proz. stärker. Dies ist ein neuer Beweis dafür, daß man dem weiteren Konjunkturverlauf optimistisch entgegen sehen kann. Die gleichzeitig bekanntgegebenen Einnahmen und Ausgaben der Reichsbahn für den Monat April weisen bei 431 Millionen Einnahmen und insgesamt 429 Millionen Ausgaben einen Ueberschuß von 2 Millionen Mark auf. Gegenüber dem Vormonat sind die Einnahmen um 27 Millionen zurückgegangen. In ihrem fürzlich gestellten Antrag auf Tarifserhöhung führt die Reichsbahn bereits auf diesem Einnahmeausfall vom April, ohne jedoch die zweifelhafte höheren Einnahmen vom Monat Mai zu berücksichtigen. Im übrigen ist bei der jetzt schon günstigen Reichsbahnentwicklung festzustellen, daß der Verkehrsanstieg im ersten Halbjahr und dementsprechend auch die Einnahmen bei der Deutschen Reichsbahn stets geringer sind als im zweiten Halbjahr.

Der Konsumverein muß siegen!

Schlussitzung der Konsumgenossenschaften in Mannheim.

Mannheim, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Die Mittwochtagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurde mit einem großzügig angelegten Referat des Vorsitzenden des Verbandes sächsischer Konsumvereine, Bollrath Kleppig, über Wirtschaft und Konsumgenossenschaften eröffnet. Die Furcht der Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftswelt vor dem Sozialismus äußerte sich in einer Verschärfung des Kampfes für die „Freiheit der Wirtschaft“. Dieser Kampf gilt vor allem der Konsumgenossenschaftsbewegung. Das ist verständlich und für die Konsumgenossenschaften erträglich. Unerträglich aber ist die Unehrlichkeit, mit der man der Konsumvereinsbekämpfung das Mantelchen wirtschaftlicher Moral umhängt, indem die Arbeit der zusammengeflochtenen Verbraucher als wirtschaftsschädigend bezeichnet wird.

Die Konsumgenossenschaften schädigen nicht die Wirtschaft, sondern nur das Proflistreiben der einzelnen in der Wirtschaft. Die Arbeit der Konsumgenossenschaften befreit die Wirtschaftsgestaltung, veredelt die Wirtschaftsauffassung und scharft das Wirtschaftsgewissen.

Der zusammengefaßte Bedarf der Konsumgenossenschaftsmitglieder bildet die Grundlage des planmäßigen Wirtschaftens und des planvollen Aufbaus der Gütererzeugung. In der Planmäßigkeit des Wirtschaftens aber zeigt sich die Ueberlegenheit der Konsumgenossenschaftlichen Arbeit.

Eine besondere Stärke der konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckung offenbart sich in der richtigen Anwendung der zusammengefaßten Einkaufskraft. Die Einkaufsmöglichkeiten sind für die Konsumvereine mit ihrer gesunden geldlichen Grundlage erheblich günstiger als für den größten Teil des Einzelhandels. Die Konsumgenossenschaften haben sich seit langer Zeit von der Abhängigkeit gegenüber dem Großhandel freigemacht. Sie übernehmen selbst die Funktionen des Großhandels und bilden den Großverkauf zu ihrer schärfsten Waffe aus. Den Konsumvereinen steht als Güterverursacher ihr eigenes Wirtschaftsunternehmen, die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg, zur Verfügung. Die Leistungsfähigkeit dieses konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsbetriebes wird von keinem anderen ähnlichen deutschen Wirtschaftsunternehmen erreicht.

Die finanzielle Unabhängigkeit bringt den Konsumgenossenschaften eine ständige Erweiterung ihres Machtbereichs. Die Finanzkraft der Konsumvereine ist heute stärker denn je.

Für die Konsumgenossenschaften war das Wort „Rationalisierung“ niemals ein Schlagwort, sondern stets ein lebendiger Grundgedanke. Nicht nur heute, sondern seit Anbeginn ihrer segensreichen Tätigkeit haben die Konsumvereine die Rationalisierung, also die Erzielung von Spitzenleistungen bei einem Mindestmaß von Anstrengungen, als die zu lösende Aufgabe jeglichen wirtschaftlichen Wirkens und Wollens betrachtet. Die Arbeit der Konsumgenossenschaften galt stets dem Aufbau und dem Ausbau der Wirtschaft. Aber sie galt und gilt auch heute noch der Beseitigung wirtschaftlicher Unzulänglichkeiten. Zu diesen wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten gehört vor allem die in der Güterverteilung zu beobachtende Vergeubung, die in der Aufrechterhaltung eines viel zu großen Verteilungsapparates besteht.

Der Kongress beschloß dann gegen 19 Stimmen, die Statuten dahin zu ändern, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine in das Vereinsregister einzutragen ist.

Anschließend referierte Schweidert von der genossenschaftlichen Fortbildungsschule über das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen. Nur von der Richtigkeit der Genossenschaftsidee und von ihrer praktischen Durchführbarkeit überzeugte Menschen können Wegbereiter und Träger der von uns geforderten bedarfswirtschaft sein. Findet sich bei solcher Arbeit im Dienst der Verbraucher kaufmännischer Sachverstand mit organisatorischem Geschick und genossenschaftlichem Verantwortungsbewußtsein zusammen, so sind die führenden Männer und Frauen da, denen die Geschicke der Konsumgenossenschaften überantwortet werden können. Die Zahl solcher Frauen und Männer in Mitarbeiter- und Mitgliederkreisen zu vermehren, dem jungen aufstrebenden Nachwuchs Weg und Richtung zu weisen, alle zusammen mit dem Ernst der Zeit und der Größe der genossenschaftlichen Zielsetzung zu erfüllen, das ist die wichtigste Aufgabe der zentralen Erziehungs- und Fortbildungsgarben.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Fortbildungskommission begrüßen besonders die Maßnahme der Konsumgenossenschaften, die auf eine besondere Belehrung der